

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Personalangelegenheiten am 02.11.2016  
*öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 17:04 Uhr bis 19:45 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

## **Anwesend waren:**

### **Mitglieder**

Gernot Töpfer	Ausschussvorsitzender CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Vertretung für Herrn Doege Teilnahme ab 18.25 Uhr
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Marko Rupsch	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM Teilnahme ab 18.25 Uhr

### **Verwaltung**

Egbert Geier	Bürgermeister; Beigeordneter Finanzen und Personal
Sabine Ernst	Büroleiterin GB Oberbürgermeister
Raik Möller	Referent GB OB
Andrea Hoßbach	Controllerin GB OB
Dr. Müllers	Abteilungsleiter Personalbetreuung, FB Personal
Steffen Ruppe	Sonderprojekte und übergreifende Themen
Gesine Präkelt	Abteilungsleiterin Personalcontrolling, FB Personal
Uwe Stäglin	Beigeordneter GB Stadtentwicklung und Umwelt
Yvonne Gumpert	Controllerin GB II
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete GB Kultur und Sport
Katharina Brederlow	Beigeordnete GB Bildung und Soziales
Andrea Simon	Controllerin GB IV
Uta Rylke	Stellvertretende Protokollführerin

### **Entschuldigt fehlten:**

Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Manuela Plath	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Christine Hahnemann	Fachbereichsleiterin Personal

**zu            Einwohnerfragestunde**

---

Es gab keine Einwohnerfragen.

## 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten wurde von **Herrn Töpfer, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet.

## zu 2 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

**Herr Töpfer** stellte die ordnungsgemäße Einladung, sowie Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Herr Töpfer** fragte zu Änderungswünschen zur Tagesordnung an.

**Herr Geier** schlug zum TOP

- 5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015  
Vorlage: VI/2016/02283

Stellenplan, folgende Verfahrensweise vor:

Der Geschäftsbereich (GB) Oberbürgermeister (OB) wird von Frau Ernst vorgestellt. Anschließend stellen die GB I, II und IV ihren Stellenplan vor. Im GB IV ist das Thema Asyl mit dabei. Der GB III macht seine Vorstellung zum Schluss, da Frau Dr. Marquardt parallel noch im Kulturausschuss ist.

Zu dieser Verfahrensweise lag Einverständnis vor.

**Herr Dr. Krause** bat darum, diese Thematik nicht abschließend zu behandeln, sondern zu vertagen.

**Herr Geier** wies in seiner Gegenrede darauf hin, dass er davon ausgeht, dass die Verwaltung alle Fragen zum Stellenplan beantworten und der Ausschuss dazu beschließen kann.

**Herr Töpfer** schlug vor, mit der Vorstellung des Stellenplans zu beginnen und dann die Entscheidung zur weiteren Verfahrensweise zu treffen.

**Herr Dr. Krause** zeigte an, dass er dazu auch einen Geschäftsordnungsantrag stellen würde.

**Herr Töpfer** bat um Abstimmung der Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

- . Einwohnerfragestunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 05.10.2016
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015  
Vorlage: VI/2016/02283
- . Änderungsantrag der Stadträte Harald Bartl, Dr. Annegret Bergner, Dr. Hans-Dieter Wöllenweber, Dr. Ulrike Wünscher (alle CDU/FDP Fraktion) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 , VI/2016/02283  
Vorlage: VI/2016/02402
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8. Mitteilungen
- 9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 10. Anregungen

### **zu 3      Genehmigung der Niederschrift vom 05.10.2016**

---

**Herr Ruppe** bat darum, dass die Niederschrift umgewandelt und nicht gescannt vorgelegt wird, damit diese durchsuchbar ist. Die Verwaltung bat dieses Versehen zu entschuldigen und sagte dies zu.

Es gab keine Änderungen zur Niederschrift vom 05.10.16, so dass diese abgestimmt werden konnte.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

#### zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

---

Es gab keine nicht öffentlichen Beschlüsse aus der Sitzung vom 05.10.2016 bekannt zu geben.

#### zu 5 Beschlussvorlagen

---

##### zu 5.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 Vorlage: VI/2016/02283

---

##### zu 5.1.1 Änderungsantrag der Stadträte Harald Bartl, Dr. Annegret Bergner, Dr. Hans-Dieter Wöllenweber, Dr. Ulrike Wünscher (alle CDU/FDP Fraktion) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 , VI/2016/02283 Vorlage: VI/2016/02402

---

Die gehaltenen Präsentationen zum Stellenplan sind in Session hinterlegt.

*Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde ein Wortprotokoll erstellt.*

#### **Herr Töpfer**

Wir wollen dann so verfahren, wie Herr Geier vorgeschlagen hat.

Wollen wir uns, ich sag mal so, irgendwie einen Rahmen geben. Ich meine, vom Vortrag sollte das doch in 15 bis 20 Minuten möglich sein. Weil ich denke mal, es werden Fragen kommen. Ich würde das zumindest begrüßen, wenn das von den Verantwortlichen auch praktisch hier so gemacht wird.

Gut.

#### **Herr Geier**

Ich würde gern nochmal, nur als ganz kurze Einleitung, auf diese Übersicht verweisen, die wir bei der letzten Personalausschusssitzung vorgetragen haben. Das kennen Sie schon, also das haben wir das letzte Mal erörtert. Und jetzt geht es quasi darum, dass wir jeden Geschäftsbereich quasi uns im Detail anschauen, das heißt also, was hinter diesen Zahlen im Einzelnen steckt. Das haben wir vereinbart, dass wir das heute in der Sitzung machen.

Und wir würden dann im Prinzip jetzt bei dem Geschäftsbereich OB anfangen und dann entsprechend, wo ist er, der Herr Ruppe blendet dann bitte die nächste Folie ein. Ach so, ich mache das, ok. Das war zur Erinnerung der pauschale Überblick und jetzt geht es ins Detail und jetzt kommt der Geschäftsbereich OB.

Und wie geht das dann, jeder einzeln oder wie?

Ich schlage jetzt vor, dass die Frau Ernst parallel dazu erläutern darf.

#### **Herr Töpfer**

Parallel oder erläutert selbst?

#### **Herr Geier**

Sie erläutert selbst.

**Herr Töpfer**

Dann wird hier so verfahren.

**Frau Ernst**

Vielen Dank Herr Vorsitzender.

Wir würden für den Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters beginnen mit dem Dienstleistungszentrum Wirtschaft und Wissenschaft. Hier hat es einen Stellenaufwuchs gegeben, der im Geschäftsbereich haushaltsneutral, oder die Stelle vielmehr, im Geschäftsbereich haushaltsneutral umorganisiert wurde. Dabei handelt es sich im Bereich der Bestandspflege um den neugeschaffenen Citymanager. Wenn es da Fragen gibt? Also ich würde erstmal in einem Rutsch den Bereich durchmachen, Herr Töpfer.

Im Dienstleistungszentrum Migration und Integration ist ein Abschmelzen von sechs Stellen zu verzeichnen. Das sehen Sie da vorne auch. Die Stellenwanderung würde ich Ihnen auch gern kurz erläutern. Eine Stelle wurde haushaltsneutral umorganisiert in den Geschäftsbereich IV, also in den Fachbereich Soziales und fünf Stellen sind auf Grund der Fallzahlenentwicklung im Bereich der Flüchtlingszuströme weggefallen.

Für das Büro des Oberbürgermeisters verzeichnet sich ein Abschmelzen um drei Stellen, hierbei handelt es sich einmal um, also auch im Geschäftsbereich selbst umorganisiert, um den Citymanager, den ich Ihnen schon im Bereich des Dienstleistungszentrums Wirtschaft und Wissenschaft oben erläutert habe, in der Tabelle und einmal handelt es sich um eine Zuordnung des Betriebsärztlichen Dienstes in den Fachbereich Gesundheit.

Beim Gesamtpersonalrat ist keine Veränderung zu verzeichnen.

Im Bereich Rechnungsprüfung ist eine Stelle haushaltsneutral umorganisiert worden und zwar aus dem Grund, dass die Zahl der Flutprojekte, die in diesem Bereich zu prüfen sind, enorm angestiegen ist. Auf Grund der großen Verantwortung auch in diesem Bereich ist hier eine Stelle aus dem Fachbereich 24 hinzugekommen.

Wenn wir uns den Fachbereich Recht anschauen, da gibt es eine minimale Veränderung, das hängt zum einen mit einer kw-Setzung zusammen, die jetzt im Bereich des Fachbereiches wirksam geworden ist und zum anderen ist es ein Mitarbeiter, der von der Teilzeit wieder in die Vollzeit gewechselt ist und daher ergibt sich dieser Wert von 0,625.

Im Fachbereich Sicherheit sehen Sie einen Aufwuchs von 12 Stellen, haushaltsneutral umorganisiert 7 aus dem Fachbereich Bauen, da ist das Team Sondernutzung in den Bereich Sicherheit gewechselt. Dort wird auch derzeit die Ausschreibung des Werbenutzungsvertrages vorbereitet.

Dann, da haben wir im Stadtrat schon darüber gesprochen, Herr Krause hatte eine entsprechende Anfrage gestellt, hat es fünf Stellenneuschaffungen gegeben, dabei handelt es sich um vier Verwaltungsvollzugsbeamte auf der Grundlage des Stellenplanes 2016 und eine Stelle im Projekt "KUBAS", die ist im Ordnungsausschuss auch entsprechend vorgestellt worden, das ist eine refinanzierte Stelle für ein Forschungsprojekt. Das sind die Erläuterungen zu den Veränderungen im Stellenplan 16/17.

**Herr Töpfer**

Vielen Dank Frau Ernst.

Gibt es jetzt Nachfragen? Herr Krause.

**Herr Krause**

Woher kommt die zusätzliche Stelle Rechnungsprüfung? Wie hängt das zusammen?

**Frau Ernst**

Die Stelle ist aus dem Fachbereich Immobilien umorganisiert worden und sozusagen als Verstärkung des Prüfungsteams umgesetzt.

**Herr Töpfer**

Nachfrage?

**Herr Krause**

Was macht der, was ist die Aufgabe da?

**Frau Ernst**

Ich würde mal anfangen und wenn du mich ergänzt.

Da geht es im Wesentlichen um die Prüfung von Flutprojekten, die ja vom Rechnungsprüfungsbereich begleitet werden und der Umfang ist so gestiegen und auch die entsprechende Zahl von Fördersummen, die dort bearbeitet wird, so dass es erforderlich ist, das entsprechend zu unterstützen, die Arbeit von Herrn Borries.

**Herr Töpfer**

Gut, gibt es weitere Nachfragen?

**Frau Krischok**

Das war im nicht öffentlichen Teil drin, aber, Rettungsassistent ITW eine befristete Einstellung, die finde ich hier nicht. Heißt, dies ist irgendwie schon drin oder wie auch immer. Es wäre schön, wenn dazu etwas gesagt werden würde.

**Herr Töpfer**

So, wer antwortet?

**Herr Möller**

Die Stellen resultieren ja aus dem Stellenplan 2016, die waren damals mit Sperrvermerk versehen und mit der Leistungsübernahme des ITW sind sozusagen diese Stellen in Besetzung gegangen. Zwei Stellen haben weiterhin einen Sperrvermerk, da noch nicht abschließend die Leistungsübernahme insgesamt geregelt war und diese sind auch mit Sperrvermerk in 17 noch mit ausgewiesen.

**Herr Töpfer**

Eine Nachfrage.

**Frau Krischok**

Es wurde doch bisher immer erzählt, sechs sollen es werden, vier sind es bereits. Waren es bisher dann wirklich nur drei, das jetzt was dazu kommt, gerade mit dieser Feststellung, die wir kriegen oder wie, denn es ist ja nun mal schon ein paar Tage her. Das macht mich jetzt etwas stutzig. Oder sind es aus den sechs sieben geworden? Die zwei Sperrvermerke kapiere ich, was ist am 01. Juli gewesen, frage ich mal so.

**Herr Möller**

Mit der Leistungsübernahme wurden erstmal vier Stellen in Besetzung gegeben. Mit diesen vier Stellen wurde die Leistungsübernahme geregelt und dann wollte man sozusagen suggestive mit dem Leistungsaufkommen eine Erweiterung dann schon im Stellenplan innehaben und dann mit der, sozusagen gucken, wie die Einzugsaufkommen sind, wollte man dann weiter in die Besetzung gehen oder auch nicht. Deswegen haben die Stellen einen weiteren Vermerk.

**Herr Töpfer**

Frau Krischok hat noch eine Nachfrage.

**Frau Ernst**

Lassen Sie uns doch versuchen, das hier zu klären.

Also es handelt sich um eine vorsorgliche, die sechs Stellen, die Herr Möller gerade hier erwähnt hat, das ist quasi vorsorglich ob des Leistungsaufkommens. Und das, was im Moment an Fallzahlen zu verzeichnen ist, ist mit den vier Stellen quasi zu gewährleisten. Wenn sich das entwickelt, weil sich das Pilotprojekt ja auch entwickelt, dann würden die zwei Stellen nachbesetzt. Versuchen wir es nochmal. Ich glaube, wir haben noch nicht ganz verstanden, worauf sie hinaus wollen.

**Frau Krischok**

Ich bin jetzt ein bisschen in der Klemme, weil, was ich jetzt vor mir vorliegen habe, ist aus dem nachher folgenden nicht öffentlichen Teil. Insofern ist mir das gerade ein bisschen doof das zu sagen, aber da steht, wenn die Abkürzung richtig als Index ist, Einstellung befristet. Und da steht ein Name dahinter. Und weil uns ja immer erzählt wird, es sind bereits vier und die zwei ergibt ja sechs.

Und jetzt frage ich, warum ist jetzt bei dem, wie gesagt nachher, Umbesetzung, Ein- und Austritte im September und im Juli hat ja unser ITW, seit Juli wird der ja betrieben, warum im September dann genau diese befristete Einstellung, mit dem Namen der dahinter steht, nicht öffentlicher Teil, passiert. Das ist jetzt meine Frage und wenn jetzt nicht, frage ich nächste Woche im Ordnungsausschuss, das ist auch kein Thema, meine Abstimmung wird jetzt davon nicht abhängen, aber ich würde es gern wissen wollen.

**Frau Ernst**

Ich habe es verstanden. Sie beziehen sich auf die personalwirtschaftlichen Maßnahmen, die im nicht öffentlichen Teil dann immer vorgelegt werden.

**Frau Krischok**

Genau.

**Frau Ernst**

Da müssen wir nochmal gucken, ansonsten können wir das auch im Ordnungsausschuss nächste Woche dann nachreichen. Aber dann weiß ich schon mal, worauf Sie hinaus wollen.

**Frau Krischok**

Danke.

**Herr Töpfer**

Ist die Frage also zurückgestellt bis zum Ordnungsausschuss.  
Herr Krause.

**Herr Krause**

Sind bei dieser Position, Rettungsdienststellen, die Kostenanteile alle aus dem Personalstellenplan oder sind da auch fremdfinanzierte Kostenanteile bei diesen Personalkosten ITW?

**Herr Möller**

Die ITW-Stellen insgesamt werden refinanziert über die Kassengemeinschaft sozusagen.

**Herr Krause**

Das ist also zusätzlich zu dem was wir bisher hatten oder ist das in dem Budget mit drin?

**Herr Möller**

Nein, zusätzlich.

**Herr Krause**

Ok.

**Herr Töpfer**

Beantwortet, gut. Weitere Fragen?

Herr Krause.

**Herr Krause**

Nur mal zurück zu kommen auf die Stelle Immobilienmanagement.

Sie hatten gesagt, da findet eine Umbesetzung statt. Wie kommt diese Umorganisation in diesem Bereich zustande? Einerseits wird sozusagen als Folge, wenn ich das richtig verstanden habe, im Rechnungsprüfungsamt eine zusätzliche Aufgabe oder eine erweiterte Aufgabe bestritten und übernommen, aber was passiert im Bereich Immobilienmanagement dann?

**Frau Ernst**

Wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe, geht es um die Auswirkungen im Fachbereich Immobilien?

**Herr Krause**

Ja, in Andockung an die Frage, die ich vorhin gestellt habe.

**Frau Ernst**

So nach dem Motto: Aus dem Fachbereich Immobilien wird ein Mitarbeiter in den Rechnungsprüfungsbereich umorganisiert, was passiert mit der Aufgabe, die vorher dort war.

**Herr Krause**

Genau, was passiert dort?

**Frau Ernst**

Vielleicht können wir das auch in den Bereich von Frau Marquardt mit übertragen die Aufgabe, weil, da hat es ja in Gänze im Fachbereich eine Neuausrichtung gegeben und da könnte dann die Kollegin nochmal konkret sagen, welche Veränderungen es dort gegeben hat.

**Herr Töpfer**

Gut. Gibt es weitere Fragen?

Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann möchte ich mich recht herzlich bei Ihnen bedanken Frau Ernst und auch bei den anderen Mitstreitern und wir kommen dann zu dem nächsten Geschäftsbereich. Und das ist mein rechter Nachbar.

**Herr Geier**

So, dann fange ich mal an.

Und zwar, im Büro des Beigeordneten geht eine Stelle ab und zwar für den Fachbereich 24, für den Hochbaubereich und da schlage ich auch vor, dass wir das dann diskutieren, wenn die Frau Dr. Marquardt da ist, weil es ihren Bereich betrifft.

Im Dienstleistungszentrum Bürgerengagement bleibt die Zahl der Stellen wie gehabt.

Im Fachbereich Personal, übrigens nochmal der Hinweis, der Klammerzusatz ist die gewünschte Seitenzahl im Haushalt, dass es jeder vielleicht findet, da haben wir eine Personalveränderung von plus 4 Stellen. Das setzt sich zusammen aus zwei haushaltsneutralen Umorganisationen aus dem Fachbereich 24, Koordinierung Stadtwerkebereich und aus dem Fachbereich 33, Sachbearbeiter Personalgewinnung sowie zwei Stellenneuschaffungen zu dem Thema Stellenbewertungen, das ist eine Sache, die sich

ergab aus der Prüfung des Rechnungshofes. Der uns quasi ins Stammbuch schreibt, das liegt aber alles noch nicht offiziell vor, sondern nur im Entwurfsstadium, dass praktisch sobald eine Stelle frei ist und vor einer neuen Besetzung, sei es intern oder extern, eine entsprechende Bewertung der Stellen zu machen ist und bei dem Gesamtpersonalportfolio, dass die Stadt hat, führt das dann dazu, dass praktisch diese Bewertungsfrage zusätzlich zwei neue Stellen erfordert. Wir haben auch geprüft, ob das vielleicht irgendwo von dritter Seite erledigt werden könnte, wir haben da zum Beispiel an den kommunalen Arbeitgeberverband gedacht, aber die haben sich klar geäußert, dass dies nicht ihre Kernaufgabe ist und das da teilweise auch sehr spezielle Kenntnisse notwendig sind, um da eine sachgerechte Bewertung von Stellen durchzuführen.

Im Fachbereich Finanzen gibt es eine Stellenänderung und zwar auch eine Stellenneuschaffung und das hängt jetzt damit zusammen, dass wir im Zuge unserer EDV-Landschaft einfach festgestellt haben, also, wir haben über 60 Fachverfahren und diese 60 Fachverfahren, die fließen alle in SAP ein. Da gab es in der Vergangenheit immer wieder Probleme bei der Schnittstelle, die da zu übergeben ist und es gab auch Schwierigkeiten, wenn sowohl in den Fachverfahren ein technisches Problem entstanden ist oder auch im SAP selber auch ein Problem entstanden ist und deshalb habe ich mich dazu entschlossen, Ihnen da zu empfehlen, dass wir da quasi einen entsprechenden Systemadministrator einrichten, der dann praktisch nur für die Schnittstellenthematik und sagen wir mal für Fehlerfragen, die da aufkommen, dann zur Verfügung steht und zuständig ist und das dann zur Verknüpfungsstelle zur ITC koordiniert.

Ein, sagen wir mal, sehr nachvollziehbares Beispiel war an der Stelle, um das einfach nochmal inhaltlich zu untersetzen, die Integration der Software und der Buchhaltung aus dem Eigenbetrieb ZGM in die Verwaltung. Das ist ein ganz typisches Beispiel dafür, was da einfach für Schwierigkeiten entstehen und ich bin der Meinung, dass man da, wenn man diese Stelle einrichtet, sowohl in der Fehlerbeseitigung schneller ist, als auch in der Frage von Schnittstellen unserer vielen Fachprogramme, da einfach die Abläufe optimiert. Und deshalb schlage ich das hier so vor.

Dann haben wir den Fachbereich 33 Einwohnerwesen und da gibt es dann eine deutliche Reduzierung um 40 Stellen. Da ist der wesentliche Aspekt einfach die Auswirkungen zu dem Asylbereich. Ich würde sagen, ich würde das dann gern nochmal ausführlich mit der Kollegin Brederlow im Dezernat IV vorstellen.

Aber bei uns im Geschäftsbereich I wirkt sich eben diese Asylthematik und der Stellenbedarf insbesondere im Fachbereich 33 aus, dort, was das Einwohnerwesen angeht und insbesondere halt eben die Ausländerbehörde. Das sind nur 39 Stellen, die gehen da weg, durch die verringerten Zuweisungen im Asyl, also Stellen, die sozusagen für diese Flüchtlingssituation in 2016 ursprünglich eingeplant waren.

Und die eine Stelle ist eine kw-Stelle im Bereich Statistik. Diese Mitarbeiterin scheidet aus und dementsprechend fällt dann diese Stelle weg und dann haben wir hier noch verschiedene haushaltsneutrale Umschichtungen, also wo wir aus dem Fachbereich 50 was in das Pass- und Ausweiswesen umgeschichtet haben. Das hing zum Beispiel auch zusammen mit dieser im Frühjahr angespannten Wartesituation im Bürgerservice und dann gibt es noch eine entsprechende Umorganisation aus dem Fachbereich 33 und dem Fachbereich 10, um nochmal im Rahmen meines Stellenbudgets, das ich zur Verfügung habe und möglichst auch nicht ausweiten will, da im Fachbereich 10 zu flankieren, dass da diese Ausschreibungen interner und externer Natur schneller laufen und das ist dann eben auch durch eine zusätzliche Stelle, die haushaltsneutral umgeschichtet wird, dann entsprechend unterstützt wird.

Also das heißt, das sind unterm Strich rechnerisch dann Veränderungen von minus 36

Stellen, also das heißt, ich habe 5 neue und 41 die abgehen und dann weise ich ja auch im Geschäftsbereich I die sogenannten personalübergreifenden Maßnahmen aus, das heißt also, zentral für die Gesamtverwaltung ist es dann beim Fachbereich 10 verortet und das betrifft also Stellen, die quer über die gesamte Verwaltung gehen und sinnvollerweise an einer Stelle, nämlich im Fachbereich 10, verwaltet und gemanagt werden. und da haben wir einen Abgang von 35,8 Stellen und das haben wir jetzt etwas neu sortiert.

Sie sehen hier in dem Erläuterungsteil, hier Struktur 113, 115 und 117, das heißt also, da haben wir diese übergreifenden Personalmaßnahmen quasi in drei, ich drücke es mal so aus, Themenbereiche umverteilt, dass es quasi nicht wie so ein großer pauschaler Personalblock da ist, sondern dass es etwas differenzierter im Stellenplan dann dargestellt ist. Diese Strukturangaben, die finden Sie dann auch entsprechend im Stellenplan.

Und bei der Struktur 113 da geht es um sogenannte Personalentwicklungsstellen, das heißt also, da haben wir vier neue Personalentwicklungsstellen für Beamte vorgesehen und das ist jetzt beispielweise eine erste Maßnahme, um vor allen Dingen im Bereich der Führungskräfte und im Bereich, sage ich mal, des mittleren Managements, das heißt also, hier der Abteilungsleiter und später dann auch der Fachbereichsleiter, da quasi hoffnungsvolle junge Mitarbeiter und Beamte entsprechend vorzubereiten. Deshalb haben wir hier diese Personalentwicklungsstellen dafür ausgewiesen, dass sich praktisch Beamte hier, da gibt es auch eine Ansprache innerhalb der Verwaltung, so dass sich Jeder, der eine entsprechende Eignungsprüfung machen will, auf den Weg in ein höheres Beförderungsamt bzw. in den gehobenen Dienst gehen kann. Dafür sind diese Stellen vorgesehen und damit die nicht pauschal in den übergreifenden Maßnahmen verschwinden in der Darstellung extra ausgewiesen.

Dann haben wir die Struktur 115 und das ist dann das sogenannte Transferpersonal. Das war quasi früher vor Jahren mal ein Pool, in dem quasi alle Stellen zugeordnet waren, die über die gesamte Verwaltung zu vermitteln sind. Sie sehen jetzt hier selber, dass da noch relativ wenige Stellen drin sind. Also das heißt im Klartext, wir haben verwaltungsintern da keine Ressourcen mehr, um da was zu verteilen. Also ich kann mich noch erinnern, als ich vor 11 Jahren nach Halle kam, da waren da noch 70 bis 80 Personen bzw. sogenannte Transferstellen mit Personen in diesem Pool, diese Verteilungsmöglichkeit ist nicht mehr da. Das sind wesentlich weniger. Da gehen 5,5 Stellen dann aus dem Transferpersonal ab, entweder weil die Leute ausscheiden oder weil sie in entsprechende Organisationseinheiten zugewiesen worden sind. Dann haben wir hier auch noch diese Position, wo man dann auf Grund ganz konkreter persönlicher Umstände entsprechende Sozialstellen schafft.

So und zu guter Letzt die Struktur 117. Das ist dann der Nachweis der sogenannten Altersteilzeitstellen für die Freizeitphase, also das heißt, wir müssen nach den Vorgaben des Landesverwaltungsamtes quasi die eingegangenen Altersteilzeitverträge bis zum Ausscheiden desjenigen, mit dem ein solcher Altersteilzeitvertrag vereinbart wurde, nachweisen. Das ist im Regelfall kein Problem in der Aktivphase. Es ist dann eine gesonderte Ausweisung vorzunehmen, wenn diejenigen in der Freizeitphase sind und es erfolgt dann hier über diese Position. Das heißt also, hier gibt es im Regelfall eine Veränderung, wenn die Personen ausscheiden oder wenn sie entsprechend durch Umorganisation in andere Fachbereiche zugewiesen werden.

Jetzt weiß ich nicht, ob ich noch etwas vergessen habe. Da guck ich mal zum Herrn Dr. Müllers und Frau Präkelt, aber das war im Prinzip mein einführender Vortrag. Danke.

**Herr Töpfer**

Herr Geier ich danke Ihnen. Gibt es hier Nachfragen?

Herr Krause.

**Herr Krause**

Ja, hier habe ich nochmal eine Nachfrage nach der ersten Zeile. Entschuldigung, ich war draußen, auch ein ehrenamtlicher Stadtrat muss mal telefonieren. Ich würde gern die erste Stelle nochmal erläutert haben, was das bedeutet. Hängt das zusammen mit dem, was wir vorhin diskutiert haben?

**Herr Geier**

Ich halte es für sinnvoll, dass man nochmal diese Thematik bei dem Geschäftsbereich III aufruft, weil die Frau Dr. Marquardt dann untersetzen kann, was praktisch mit dieser neuen Stelle Abteilungsleiter Hochbau inhaltlich passieren soll.

**Herr Töpfer**

Weitere Nachfragen?

Herr Geier, ich sehe keine weiteren Nachfragen.

Ich bedanke mich bei Ihnen, aber Sie bleiben hier.

**Herr Geier**

Ja, klar.

**Herr Töpfer**

Nächster ist dann?

**Herr Geier**

Na Herr Stäglin.

**Herr Töpfer**

Bitte legen Sie los Herr Stäglin.

**Herr Stäglin**

Besten Dank. Im Geschäftsbereich gibt es sozusagen die ersten zwei Zeilen ohne Veränderungen, sowohl mein Büro als auch im Dienstleistungszentrum Klimaschutz.

Bilanziell im Fachbereich 61 haben wir keine Änderungen. Aber es gibt sozusagen zwei Veränderungen der Stellen an sich. Wir haben zum einen die haushaltsneutrale Umorganisation in den Fachbereich 24, dass die Gutachter der Grundstückswertermittlungen mit Organisationsänderung in den Bereich gewandert sind. Das sind sozusagen zwei Stellen, die abgegangen sind.

Dazu kommen zwei Stellen Neuschaffungen für Projekte, wie sie mit den entsprechenden Ratsbeschlüssen für die Antragstellung sowohl für die Förderung UIA, United off Action sowohl auch EFRE-Förderungen im Stadtumbau beschlossen haben, in Abhängigkeit zu den entsprechenden Förderbewilligungen, dass dann die Stellen besetzt werden, wenn dann die Bewilligungen eingehen. Deswegen Fachbereich Planen keine Veränderung in der Gesamtsumme.

Die größten Veränderungen sind im Fachbereich 66, Bauen, zu verzeichnen. Da kann ich eigentlich nahtlos an das anknüpfen, was Frau Ernst vorgetragen hat, nämlich das Thema der Neuorganisation der Sondernutzung und die Zuordnung der Sondernutzung in den Fachbereich Sicherheit, das sind sieben Stellen, die hier entsprechend verschoben, verändert wurden. Eine Stelle ist von Herrn Geier eben in der Gruppe 117 sozusagen schon gezeigt worden, das ist der Beginn der Freizeitphase in der Altersteilzeit eine Stelle und wir haben zwei Stellenstreichungen im Fachbereich Bauen. Eine durch Todesfall und nicht Wiederbesetzung der Stelle durch die damit verbundenen Aufgaben, dass diese anders organisiert sind zukünftig, was das Stellenprofil betraf und eine kw-Stelle, die aus der Runde kw gesetzt war und die jetzt hier durch Ausscheiden des Kollegen entfallen ist.

Das gleiche gilt, was die kw-Setzung betrifft für die eine Veränderung im Fachbereich Umwelt, hier eine Stellenstreichung Hilfsarbeiter, die vorgenommen wurde, so dass wir in der Gesamtbilanz minus 11 Stellen im Geschäftsbereich II haben.

Lassen Sie mich aber an dieser Stelle einen Punkt nennen. Wir haben, ich habe eben nochmal geguckt, die Haushaltsvorlage, Sie sehen das Erstellungsdatum mit 01.09., sie haben in der Augustsitzung des Rates einen Beschluss gefasst, den wir hier natürlich nicht abbilden konnten. Der also nicht mit dem vorhandenen Personal zu leisten ist, das hatten wir Ihnen als Verwaltung aber auch gesagt und zwar ist es der Beschluss zu dem Thema Straßenzustandsbericht, den der Rat gefasst hatte. Da hatte die Verwaltung in ihrer Stellungnahme schon erklärt, mit dem vorhandenen Personal und das muss ich auch sagen, mit den hier in der Tabelle kalkuliertem Personal ist das nicht zu leisten. Ich habe die Kolleginnen gebeten, mir mal aufzubereiten, was dann als Mindestbedarf notwendig wäre, um diesen Ratsbeschluss auch wirklich zu erfüllen. Wie gesagt, das ist hier nicht abgebildet. Das wären dann eigentlich zwei Bauleiterstellen, die man dann zusätzlich bräuchte.

Das ist jetzt ein Thema, dieser Stadtratsbeschluss, den können wir mit dem vorhandenen Personal, wie mitgeteilt, nicht erfüllen. Wenn der Stadtrat den Beschluss aufrechterhalten will, ist das natürlich ein Punkt, der diskutiert werden müsste. Das ist aber hier nicht abzubilden, weil wir mit unserer Personalplanung zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen hatten. Das als Ergänzung noch, um Ihnen auch schon zu sagen, was wir im Moment nicht schaffen würden.

#### **Herr Töpfer**

Vielen Dank Herr Stäglin, kurz, prägnant.

Alles klar oder gibt es Nachfragen? Jetzt fangen wir mal hier drüben an.

Herr Bernstiel hat sich zuerst gemeldet.

#### **Herr Bernstiel**

Ich wollte mich aber nicht vordrängeln. Also zunächst vielen Dank für die kurze, prägnante Einbringung. Ich möchte aber vorweg schieben, weil Sie gerade so eine Vorlage gegeben haben, es ist natürlich nicht Aufgabe des Stadtrates, zu organisieren, wie Stadtratsbeschlüsse umgesetzt werden. Das vielleicht erstmal dazu.

Aber mit den 10 Stellen, ich bin da völlig bei Ihnen. Ist es zwangsweise irgendwo festgeschrieben, haben wir da eine Vereinbarung getroffen, dass wir in Ihrem Fachbereich bzw. Ihrem Dezernat vielmehr auch reduzieren wollen? Denn die 10 Stellen, die sie dort wegstreichen, wenn es einen Bereich gibt, wo auch Stellen gebraucht werden, dann ist es ja anscheinend auch Ihrer. Wir bauen gerade die halbe Stadt um und wir sehen zu welchen Komplikationen das führen kann. Wir hatten jetzt in den zuständigen Fachausschüssen für die Kollegen, die jetzt hier nicht sind, ja auch die Vorstellung für das Stadtbahnprogramm, was uns noch über die nächsten fünf Jahre beschäftigen wird. Von den Fluthilfemaßnahmen rede ich da jetzt gar nicht.

Und jedes Jahr, wenn ich Sie frage, wie kommen Sie zurecht, wenn es um Straßenausbaumittel geht usw., sagen Sie immer wieder, ja wir könnten, aber wir kommen nicht zurecht, korrigieren Sie mich, wenn ich Sie hier falsch zitiere, aber uns fehlt ein bisschen das Personal, um tatsächlich auch alle Maßnahmen so umsetzen zu können und jetzt wollen Sie weiter reduzieren? Da bin ich nicht so ganz glücklich damit.

Also ich suche gerade nach einer Möglichkeit, Ihnen diese 10 Stellen zu lassen. Auch mit dem Blick auf das, was Sie gerade gesagt hatten, dass Sie unseren Stadtratsbeschluss offensichtlich sowieso nicht umsetzen können.

### **Herr Stäglin**

Es ist natürlich immer reizvoll, wenn man hier die Frage von 10 Stellen thematisiert. Aber Sie müssen sehen, es sind Stellen mit einer konkreten Aufgabe, um die es jetzt erstmal geht. Und wir reden bei den 10 von 7, die klar verlagert werden mit einer Aufgabe Sondernutzung, die nun an anderer Stelle erledigt wird. Dementsprechend ist es ja keine Stellenvakanz, die irgendwie frei zur Verfügung stünde. Und das, was ich schon gesagt hatte, ist ein Stück Zeitablauf.

Wir haben einen Zeitpunkt, wo wir den Haushaltsplan aufstellen, zu dem auch das Personalabla vorgestellt, diskutiert und bestätigt wird. Und dann haben wir einen Beschluss. Man kann auch sagen, auf Grund unserer Stellungnahme, hat der uns ein Stück überrascht im August, Sie sind zufrieden, weil Sie waren die antragstellende Fraktion. Also das wir in dem Zuge das natürlich noch nicht einarbeiten konnten, weil, wenn der Haushaltsplan erstmal aufgestellt ist, heißt es, ist nur ein Nacharbeiten möglich mit Kompensation. Und diese Kompensation kann ich nicht anbieten. Deswegen ist es ehrlicher zu sagen, diesen Beschluss können wir mit den zur Verfügung stehenden Stellen nicht erfüllen.

### **Herr Töpfer**

Herr Bernstiel noch eine Nachfrage.

### **Herr Bernstiel**

Dann machen wir es doch anders. In dem Bericht, den Sie uns da gerade vorlegen, da steht ja, da stehen zwei Stellenstreichungen drin und eine Stelle mit Altersteilzeit. Das sind für mich dann drei Stellen plus die zwei Stellen, die Sie gerade genannt hatten, für den zu erstellenden Bericht. Das wären dann fünf Stellen, die übrig blieben und das obliegt ja uns, sozusagen, ob wir dann noch einen Änderungsantrag stellen. Deswegen sitzen wir ja hier im Personalausschuss und beraten eben über den Haushaltsplanansatz. Also habe ich die fünf Stellen zuerst mal richtig interpretiert, zwei fallen weg, zwei werden gestrichen, eine in der Altersteilzeit. Wenn jetzt angenommen unsere Fraktion der Meinung ist, wir möchten den Fachbereich Bauen etwas stärken plus die zwei Stellen, die sie gerade noch erwähnt haben, wären das fünf, ist das richtig?

### **Herr Töpfer**

Herr Stäglin.

### **Herr Geier**

Der Kollege Stäglin nimmt das natürlich gern an, also da kann ich ihn sogar verstehen. Aber jetzt müssen wir das nochmal vielleicht sortieren. Also, ich denke, die Intention ist klar, aber Aufgabe kann nicht sein, dass man sagt, du hast ein paar Stellen und überlege dir dann praktisch, was diese Stelleninhaber dann machen sollen, sondern es ist besser, man leitet zusätzliche Stellen an Aufgaben ab, die da zu erfüllen sind. Da kann dann im Prinzip jeder Bereich quer über die Verwaltung hingehen und sagen, ach ja, ich könnte eigentlich noch da drei Stellen und dort noch fünf Stellen und so, das kann nicht Ziel sein. Es ist besser, anhand einer Aufgabe oder Beschlusslage dann zu sagen, okay, da gewährt jetzt der Stadtrat ein oder zwei Stellen mehr.

Und um das auch nochmal vom Kollegen Stäglin zu untersetzen, er war da in dem Dilemma oder Alle waren in dem Dilemma, dass da praktisch für uns in der Vorbereitung des Haushaltsplanentwurfs Mitte August Redaktionsschluss war, also da muss ich ja dann zu meinen Kollegen sagen, jetzt geht nichts mehr, sonst kriege ich ja dieses umfangreiche Papier nicht mehr erarbeitet, damit es dann auch bei der Einbringung zur Verfügung steht. Und hätte man natürlich gewusst, dass es da eine Beschlusslage gibt, dann wäre das natürlich auch in dem Stellenplan entsprechend berücksichtigt worden, so haben wir es ja auch bei anderen Beschlüssen unterjährig gemacht, die da auch Auswirkungen auf den Stellenplan hatten. Aber in dem Fall war im Prinzip das Ding durch, man kann es jetzt nur

ändern, indem man da einen entsprechenden Änderungsantrag stellt und dann quasi damit begründet, dass da ein erhöhter verwaltungsmäßiger Aufwand da ist.

**Herr Töpfer**

Noch eine Nachfrage Herr Bernstiel?

**Herr Bernstiel**

Ich will ja auch keinen Dialog anfangen. Aber wenn ich Sie dann richtig verstanden habe, dann kommt jetzt demnächst nochmal eine Änderung zu dem Stellenplan um zwei Stellen, weil, so wurde es ja gerade gesagt? Es gibt eine Aufgabe, die definiert ist und es gibt einen Stellenbedarf, der dafür notwendig ist. Ich kann ja verstehen, ein Beschluss sozusagen, ich kann verstehen, wenn Sie jetzt sagen, okay fünf Stellen, ich will jetzt auch nicht das ganze Tablo des Auskugeln, wenn ich das jetzt mal etwas salopp durcheinander bringe, aber zwei Stellen müssten ja jetzt noch kommen.

Da wäre für mich jetzt die konkrete Frage, kommt das von der Verwaltung oder müssen wir das vom Rat jetzt nochmal extra einbringen?

**Herr Geier**

Schwierige Frage. Ja, es gibt einen Beschluss. Es ist aber wichtig, dass man hier nochmal darüber diskutiert und sich aus der Diskussion ergibt, dass nochmal eine personelle Lösung verlangt wird.

**Herr Töpfer**

Herr Geier, es war eine Frage gestellt von Herrn Bernstiel. Machen Sie das oder macht das der Stadtrat oder die Fraktion? Die Frage war von Herrn Bernstiel gestellt.

**Herr Geier**

Das kann man nicht so leicht beantworten, weil es darauf ankommt, von welchem Blickwinkel aus man das sieht.

**Herr Töpfer**

Ja, es sind ja nur zwei Möglichkeiten. Wenn ich Ihnen jetzt hier 16 Alternativen genannt hätte, hätte ich das jetzt verstanden. Aber wie gesagt.

Frau Krischok noch.

**Herr Stäglin**

Ich denke, es ist für die Verwaltung besser, selbst wenn es jetzt keinen Antrag gibt, wenn einfach im Protokoll erklärt wird, dass von den Ratsmitgliedern erwartet wird, dass der Beschluss umgesetzt wird. Und dementsprechend ist das für uns dann die entsprechende Anmeldungsgrundlage.

**Herr Töpfer**

Frau Krischok war dann dran.

**Frau Krischok**

Also ich habe jetzt eins kapiert. Die Verwaltung, die mag nicht so sehr unsere Beschlüsse umsetzen und wir sollen dann nochmal nachhaken. Nachhaken will ich aber auch an der Stelle, wo wir über Klimaschutz, Umsetzungsplan hieß es wohl, gesprochen haben. Da war ja eigentlich eindeutig klar, dass vier Leute, das, was wir wollen, nicht das umsetzen können.

Fehlt Ihnen da der Mut zu sagen, wir brauchen noch wen mehr oder haben Sie mittlerweile festgestellt, die reichen doch, ist ja schon ein paar Monate her. Das ist mir so aufgefallen oder gibt es andere Gründe in der Verwaltung, weshalb Sie da bei den vier Stellen bleiben?

Dann haben wir in Ihrem Geschäftsbereich eine Menge Aufgaben formuliert zur Prozessoptimierung. Kann es sein, dass Sie auf die zwei Stellenstreichungen, hat er schon gesagt, eine Altersteilzeitstelle, also auf Grund so einer Optimierung der Arbeit auch wirklich ernsthaft verzichten können? Also arbeitsmäßig? Ja, das würde ich ganz gern hören wollen.

Und die ganze Sache Grünflächen, da wurde ja Jemand noch eingestellt, um diese Grünflächenkonzeption, ich muss immer überlegen, wie diese Begriffe richtig sind, war doch aber letztens neulich doch eine Stelle mehr. Drücke ich mich jetzt falsch aus? Gut. Das ist also alles was mit Grünflächen zusammenhängt, ich sag es mal jetzt so, trotzdem geschafft wird, mit dem, was Sie also im Umweltbereich alles an Stellen haben? Weil, ich bin mir jetzt noch nicht so ganz sicher, auf Grund von Ihren Ausführungen, ob sie nur dankenswerter Weise in der Runde ihrer Verwaltung und denjenigen, die sich vielleicht da mehr durchsetzen können, oh, das ist fürchterlich beim Ausdrücken, ich weiß gar nicht, was ich sagen soll, also dass Sie eigentlich noch mehr Stellen benötigen würden, aber, weil unser Haushalt ja ausgeglichen sein soll, einfach gesagt haben, ist nicht, außer diesem Beschluss mit den Stellen.

### **Herr Töpfer**

Herr Stäglin.

### **Herr Stäglin**

Also, Vorabbemerkung, ich denke, es ist immer grundsätzliche Aufgabe aller Dezernenten, die Gesamtschau im Blick zu haben. Das ist ganz klar notwendig und wir müssen den Haushaltsausgleich hinbekommen, weil ansonsten, vieles von dem, was wir umsetzen wollen, nicht finanzierbar ist, weil wir dann entsprechende Mittel nicht bekommen. Das als Vorabbemerkung.

Erster Punkt Dienstleistungszentrum Klimaschutz. Es ist ja, Sie kennen die Entwicklungsgeschichte, aus Personalbeständen des Geschäftsbereichs gebildet worden. Ich sehe es im Moment nicht als Basis und Erfordernis, hier zusätzlichen Stellenaufwuchs zu formulieren. Wir haben als Aufgabe jetzt die Überarbeitung und Fortschreibung des kommunalen Klimaschutzkonzeptes, so dass sich daraus gegebenenfalls für kommendes Jahr neues Erfordernis ergeben könnte. Nur, das wäre ein Stück Glaskugel, jetzt schon zu definieren, welche Diskussionen im nächsten Haushalt geführt würden. Das zu dem Punkt.

Bezogen auf die Grünflächenpflegekonzeption, da gab es keinen Stellenaufwuchs, sondern wir haben das mit eigenen Kapazitäten bis zum derzeitigen Arbeitsstand durchgeführt und wir haben Ihnen die Information gegeben, dass wir in den Haushaltsansätzen im Sachmittelbereich entsprechende Mittel eingeplant haben für eine externe Beauftragung, Stichwort Hallescher Pflegestandard, das ist sozusagen eine extra Stelle, also nicht Stellenbesetzung, sondern ein Auftrag und keine Veränderung damit einhergehend im Stellenplan.

Und bezogen auf den Fachbereich Bauen bitte nicht zu interpretieren, wie Sie das gemacht haben, sondern ich denke, die Chronologie war ganz bewusst so dargestellt. Vorlage, Stichtag 01.09., der Beschluss kam so, dass er sich nicht mehr umsetzen ließ. Wir mussten jetzt natürlich erstmal prüfen, wie viele Stellen für die Umsetzung des Bauzustandsberichts im Fachbereich Bauen erforderlich wären.

Das habe ich ganz klar und offen gesagt, das sind wenigstens zwei Stellen Bauleiter und wir haben, glaube ich, Kollege Geier und ich mitgenommen, dass es eine Erwartung des Rates ist, hier nicht über einen Änderungsantrag zu arbeiten, sondern mit einem entsprechenden Änderungsdienst. Was dann ein Aufwuchs im Stellenbereich wäre, weil das natürlich keine Umschichtung ist, weil, so verstehe ich auch den Ratsbeschluss, nicht zu Lasten anderer Aufgaben Änderungen herbeigeführt werden sollen.

Und bezogen auf die dann, sozusagen, offene Stelle oder die andere Stelle im Fachbereich Bauen aus der Runde der kw-Stellen ist halt eine, die lokalisiert wurde und diese eine Stelle für den Aufgabenbereich wegfallen konnte. Das unter dem Gesichtspunkt.

Was die Organisationsuntersuchungen oder andere Aspekte betrifft, hat der Kollege Geier ja im letzten Stadtrat die Berichterstattung zum Sachstand, was die Organisationsuntersuchungen betrifft, gegeben, so dass aus diesem Prozess Betrachtungen ja noch keine weiteren Schlussfolgerungen zu ziehen waren, weil der Beschluss bzw. der Prozess noch nicht abgeschlossen ist. Da werden wir sehen, ob noch aus dieser weiteren Betrachtung sich Dinge mit Auswirkungen auf kommende Stellenpläne ergeben.

### **Herr Töpfer**

So, jetzt Herr Krause.

### **Herr Krause**

Herr Stäglin, Sie haben das, glaube ich, richtig interpretiert, dass es der Wunsch der Ausschussmitglieder ist, dass Ihr das umarbeitet bis zur nächsten Sitzung, weil es eine Beschlusslage gibt. Und ich erkläre es, wenn die Anderen damit einverstanden sind, gleich auch nochmal verbindlich zu Protokoll.

Also, das ist nämlich eine Sache die ziemlich ernst ist, wenn wir das Stadtbahnprogramm angucken, wenn wir die Hochwasserprojekte angucken und sonstige Baumaßnahmen. Wir haben eine Verdichtung in der Stadt im Moment in einer Art und Weise, das ist schon fast ein Politikum, wenn man die Bürger hört, die sozusagen auch mit diesen Unbilden fertig werden müssen. Und deswegen muss die Verwaltung auch professionell arbeiten können und in der Lage sein, das Ganze zu händeln. Es ist schwierig genug die ganze Geschichte.

Meine Frage ist, handelt es sich aus Sicht der Verwaltung in dem Bereich Bauleiter zum Beispiel um eher für, keine Ahnung, zwei, drei Jahre befristete Stellen oder ist das vom grundsätzlichen Aufkommen her eigentlich strukturell notwendig da noch stärker nachzusteuern? Ich bitte um eine ehrliche Antwort.

### **Herr Stäglin**

Das ist jetzt so eine gewisse Schwierigkeit, strukturell oder befristet definitiv festzulegen, weil ein Teil ist ein Stück Glaskugelantwort. Weil wir nicht wissen, wie sich die Finanzbeziehung Bund, Länder, nach dem Spitzengespräch gibt es ja jetzt eine Sicherheit, Stadtbahnprogramm soll fortgeführt werden über 19, wie konkret steht noch nicht fest.

Die Verlängerung der Entflechtungsmittel nach den Unterlagen, die ich mal bekommen habe, gibt es nicht. Da muss das Land Sachsen-Anhalt entscheiden, wie das Thema kommunaler Straßenbau finanziert wird. Da können wir im Moment noch nicht absehen, wie viel fließt.

Die zwei Stellen, über die wir jetzt gesprochen haben, Bauzustandsbericht, sind, weil sie die Erwartung haben, dieses dauerhaft zu haben, festzustellen. Die Spitze, die im Moment beschrieben wurde von Ihnen, würde eher für befristet Beschäftigte erstmal sprechen, weil es da, glaube ich auch, die Verantwortung gibt, mit Stellen so moderat umzugehen, dass die Aufwüchse begründbar sind und Sie wollten eine ehrliche Antwort, durch die teilweise auch durch die Diskussion erfolgende Verschiebung,

Stichwort, wir haben die Zeitschiene bei der Merseburger Straße, die sich verschoben hat, ist das, was wir bei der Haushaltsplanaufstellungsbemessung auch in den letzten Jahren gemacht haben, intern würde ich mal so ein Bild sehen, wo wir gewisse Hügel hatten von Aufgaben, schieben sich die Hügel langsam zu einem großen Berg zusammen, so dass da eine gewisse befristete Basis sicherlich sinnvoll wäre. Das als Formulierung.

**Herr Töpfer**

Noch eine Nachfrage?

**Herr Krause**

Kurze Bemerkung. Ich möchte mal die Ausschussmitglieder daran erinnern, wir hatten damals, Egbert, Du müsstest das eigentlich noch wissen, diese Lenkungsausschüsse, wo wir zu den einzelnen Fachbereichen über den Personalbestand geredet haben. Und da hat der Stadtrat damals, da ging es um die Frage Baugenehmigung von Investoren, da hatten wir auch so einen Engpass. Da haben wir das Gleiche gemacht, was wir heute machen. Wir haben eine Erhöhung in diesem Personalbereich vorgenommen gegen den ursprünglichen Vorschlag der Verwaltung. Die Verwaltung ist dem gefolgt. Weil das einfach notwendig ist, das hat direkte Auswirkungen in die Bevölkerung hinein.

Und deswegen ist es richtig, dass Ihr das auch zügig umsetzt an dieser Stelle und wenn das nicht reicht, muss eigentlich der Geschäftsbereich nochmal kommen und sagen, wir müssen hier befristet nachsteuern, weil es nicht sein kann, dass da der Unmut noch weiter steigt. Ich wollte nur nochmal daran erinnern.

**Herr Töpfer**

Weitere Nachfragen?

Herr Cierpinski.

**Herr Cierpinski**

Ja ich würde die Frage gern, die Herr Bernstiel schon aufgeworfen hat im Fachbereich Bauen, auf den Bereich Planen nochmal werfen oder verschieben. Wir hatten in den letzten Sitzungen, ich glaube im Finanzausschuss war es, ja die Fragestellung, wie lange dauert die Erstellung eines B-Plans und da kam ja schon irgendwo die Problematik auf, dass es doch sehr lange dauert in Halle, einen B-Plan fertig zu erstellen und damit auch die gleiche Frage, wie schnell können Investoren handeln, wie gut kann die Stadt Halle ihre Grundstücke verkaufen oder Bauland erschließen und zu welchen Preisen dann verkauft wird.

Also ist aus Ihrer Sicht das, also könnten Sie sich dort einen Aufwuchs vorstellen, um gegebenenfalls dieses Problem dort abzumildern oder bleibt das alles wie es ist und Sie organisieren vielleicht über die Strukturen neu, das ist ja die Frage.

**Herr Töpfer**

Herr Stäglin.

**Herr Stäglin**

Also vom Stellenplangerüst des Fachbereichs Bauen würde ich sagen, wenn alle Planerstellen denn besetzt wären, dann ist vom Stellenplanvolumen das in Ordnung.

Durchschnittlich kann man eigentlich sagen, einen normalen B-Plan kriegen Sie nicht unter 1½ Jahren bundesweit und ein komplexer sind zwei Jahre normale Zeit, wenn Sie nicht noch Änderungen von Flächennutzungsplan oder Fachkonzept u. ä. brauchen. Also die Zeit, wo man über ein Jahr B-Plan geredet hat, ist eigentlich bei einem normalen Vollverfahren vorbei. Also daher denke ich, sind wir nicht so, dass es besonders langsam ist in der Stadt und das, was im Finanzausschuss angesprochen wurde, war ja, wenn ich mich richtig erinnere, Waldstraßenviertel, ein B-Plan, der auch ganz bewusst geteilt wurde damals im Interesse der Bereich, wo alle Akteure feststanden und wo es entsprechend zügig gehen sollte, zu forcieren, der wurde auch forciert und man sieht, wie das Gebiet sich positiv entwickelt.

Beim anderen, wenn Sie Eigentümer haben, die partout im Moment kein Interesse an der Entwicklung haben, sind Sie auch ein Stück gehemmt. Also sind Sie irgendwann in der Kommune in einer Aufgabe, wenn ein Akteur wirklich nicht mitwirkt und bei Projekten ist, wo eigentlich ein Dritter diese mit finanzieren müsste, was die Planungsleistungen betrifft, dann können Sie sich drehen und wenden, wie sie wollen.

Ihre konkrete Frage, ich glaube, von Herrn Bernstiel war sie, die Beschlusskontrolle ist unterwegs, das war genau das Thema. Die Zeitschiene, bis wann der fertig ist, müssen wir dann abstimmen mit einem Eigentümer, wenn er dann feststeht für das städtische Grundstück. Ich hoffe, das beantwortet den Aspekt noch.

Vielleicht noch eine Ergänzung, das ist das Stichwort mit der Besetzung. Wir können feststellen, bundesweit, dass der Markt von Planern derzeit leergefegt wird, weil in allen Städten, die wieder Bevölkerungszuwachs haben, Stellen ausgebaut werden. Also Berlin und Bezirke suchen 50 Leute. Und dann haben Sie sozusagen eine Konkurrenz, wo Sie auch gucken müssen, wie ist das jeweilige Tarifgefüge etc. und deswegen ist selbst, wenn wir die Ausschreibung machen, nie sicher, ob wir wirklich adäquate Bewerbungen kriegen und damit hat man Vakanzen und das erklärt dann auch wieder manche Zeitverzögerung.

Aber wie gesagt, vom Stellenraster, wenn alle Stellen da wären, dann ist es zu schaffen.

**Herr Töpfer**

Gibt es weitere Nachfragen? Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Herr Stäglin, ich bedanke mich bei Ihnen im Namen des Ausschusses und wir gehen dann zum nächsten Geschäftsbereich, der hier vorgezogen wird.

**Herr Geier**

Da würde ich gern nochmal kurz erläutern, da wäre es mir Recht, Frau Kollegin Brederlow, wenn wir zuerst mit dem Block Asyl anfangen. Ist das okay?

**Frau Brederlow**

Ja.

**Herr Geier**

Ich fang da an.

**Herr Töpfer**

Herr Geier bitte.

**Herr Geier**

Und in dem Fall bitte ich dann darum, falls ich etwas vergesse, ich brauche aber das Ding hier, sorry. Und ich bitte darum, dass ich entsprechend korrigiert oder ergänzt werde von der Frau Brederlow oder dem Herrn Ruppe oder von Frau Präkelt oder Herrn Dr. Müllers, wenn ich das eine oder andere nicht so treffend formuliere.

So also, jetzt übernehme ich praktisch die Darstellung im Detail. Sie erinnern sich, wir haben das letzte Mal da auch das Thema Asylstellen angerissen. Da gab es dann die eine oder andere Irritation, dass man trotz reduzierter Fallzahlen und weniger an Stellen mehr an Personalaufwand hat. Das ist jetzt die Gesamtübersicht.

Und jetzt gehen wir einfach nochmal kurz in diese, sagen wir mal, Berechnungsparameter, also in diese Planungsannahmen.

2016 war die Zuweisung im Monat 700 Flüchtlinge. Im Moment ist es so bei 100 bis 120. Das heißt also, wir haben diese deutlich reduzierte Zuweisungszahl berücksichtigt.

Zweiter wesentlicher Parameter, da gibt es also insgesamt 13, aber die wesentlichen Parameter, die sich da auch wirklich auswirken in der Durchrechnung sind die vier.

Der zweite Parameter ist die Zeitdauer der Statusentscheidung. Und das heißt also, der Flüchtling kommt an und dann beginnt quasi die Bearbeitungszeit des BAMF und das war im Jahr 2016 bei 13 Monaten und mittlerweile haben wir hier einen Bearbeitungszeitraum von acht Monaten beim BAMF. Das unterstellen wir und das ist auch abgefragt. Die Reduzierung von 13 auf 8 Monate führt dann später bei den sogenannten sekundären Kosten schneller zu Aufwand, als wir das noch 2016 in unserer Planung angenommen haben.

Dritter Parameter ist dann die sogenannte Wechselquote in SGB II, also das heißt, im Bereich der sekundären Kosten, der Leistungen die dann komplett durch den kommunalen Bereich und die Stadt Halle zu übernehmen sind. Da hatten wir angenommen 45%, also das heißt, wir gingen davon aus, dass nach entsprechender Statusentscheidung da Einige wegziehen usw., usf. und waren dann bei der Einschätzung bei 45%, die auch im Stadtgebiet der Stadt Halle bleiben. Die Zahl ist jetzt wesentlich höher, es sind 80%. Und das wirkt sich dann auch in der Durchrechnung dann deutlich aus.

Jetzt haben wir die vierte wichtige Größe, das ist die Arbeitsmarktintegration. Da gab es auch schon verschiedene Ausführungen. Die jüngste Einschätzung hat die Frau Dr. Bratzke getroffen und zwar in der Beiko vor vier Wochen, also das heißt, da hat sie mal sehr ausführlich dargestellt, wie da quasi die Situation mit den Flüchtlingen insgesamt ist, wie da der Qualifikationsstand ist, was da vorbereitend zu tun ist, Sprachbarrieren etc.

Wir haben 2016 in der Planung unterstellt, 7 % der für die Stadt Halle zuständigen Flüchtlinge kommt in Lohn und Brot, wir unterstellen das auch 2017 so, wenngleich im Moment der Stand, glaube ich, bei 3 bis 3½ % ist. Also das haben wir an der Stelle unverändert gelassen.

#### **Herr Töpfer**

Herr Krause hat eine Nachfrage dazu.

#### **Herr Krause**

Ich habe eine Bemerkung zu machen. Über diese 7 % haben wir uns im letzten Jahr im Finanzausschuss und später auch im Stadtrat über zwei Stunden gestritten, mit Blick auf die Sekundärkosten. Und da war die Aussage vom Oberbürgermeister eine Integrationsquote, seine Annahme, über 80 % und da habe ich damals gesagt, allein das Jobcenter hatte sich nur 10 % vorgenommen und in der Realität sind sie bei 4,6 % gelandet. So sind die Zahlen.

Jetzt sehen wir hier eine Planungsannahme, deswegen melde ich mich, von 7 %. Die Planungsannahme, die er uns verkündet hat in der Haushaltsberatung, war über 80 %. Ich will das fürs Protokoll auch nochmal sagen an dieser Stelle. Ich wollte eigentlich fragen, fehlt da eine Null. Wenn Sie jetzt auf 7 % kommen im Jahr 2017 ist das trotzdem schon noch ambitioniert.

#### **Herr Töpfer**

Frau Brederlow.

#### **Frau Brederlow**

Also es fehlt keine Null und die 7 % das muss man auch deutlich dazu sagen, ist die Vorgabe, die die Bundesagentur hat. Das heißt, die übernehmen wir hier, hier sind wir auch abhängig an dieser Stelle von der Bundesagentur.

#### **Herr Geier**

Gut. Dann führe ich weiter aus.

Das sind die vier wesentlichen Parameter und die führen dann insgesamt dazu, das wäre jetzt nur das Übersichtsblatt, das wir von 180,1 Vollzeitstellen auf 79,1 reduzieren. Es führt zu einem Personalaufwand von 3,65 Millionen Euro, nur die Asylstellen und bei der Refinanzierung haben wir 750.000, das schauen wir uns nochmal im Detail an.

So und zwar teilt sich das wieder in diese drei Bereiche: Landesaufnahmeeinrichtungen, primäre Flüchtlingskosten, sekundäre Flüchtlingskosten. Also genau dasselbe Raster, wie wir das auch 2016 vereinbart hatten und wie das in der Berichterstattung im Finanzausschuss auch ist.

Bei den Landesaufnahmeeinrichtungen haben wir damals 2016 mit 52 Stellen kalkuliert, also das heißt, da war noch die Diskussion LAH, MARITIM, Landesaufnahmeeinrichtung Trotha, diverse Hotels in und um die Stadt, für die die Stadt dann zuständig sein sollte. Deshalb war das damals so extrem hoch.

Das ist jetzt, nach dem aktuellen Stand der Dinge brauchen wir für diese Aufgaben noch sechs Stellen im Stellenplan. Personalaufwand damals aus 52 Stellen 1,9 Millionen Euro, das war aber, Frau Brederlow, da müssen Sie mir mal helfen, monatsweise berechnet und nicht 12 Zwölfstel, ja, das ist ganz wichtig. Weil bei 12 Zwölfstel wären natürlich 52 Stellen wesentlich mehr bei dem Personalaufwand und jetzt brauchen wir 300.000 Euro Personalaufwand für diese sechs Stellen. Und das ist 12 Zwölfstel. Und das ist auch nochmal ein wesentlicher Unterschied.

Im Jahr 2016 haben wir die Personalkosten für die errechneten Stellen monatsweise berechnet, weil wir ja nicht wussten, zu welchem Zeitpunkt wie viel Personal eingestellt werden musste und jetzt haben wir bei den Leuten, die quasi schon eingestellt sind, müssen wir mit 12 Zwölfstel rechnen und wir machen eine monatsweise Berechnung für den Teil, der quasi noch nicht besetzt ist bzw. von der Zuweisung abhängt. Und das spiegelt sich dann in dem Personalaufwand wieder.

So, das habe ich jetzt hier oder hier geht es nochmal darum, dass die Kosten nach Ankunft in Deutschland und Verteilung auf die Bundesländer, aber vor der Zuweisung an die Kommunen, erfolgt. Das heißt also, in der Landesaufnahmeeinrichtung sind formal die Flüchtlinge noch in der Zuständigkeit des Landes, aber es gibt nach Erlasslage bestimmte Aufgaben, die dann doch der Landkreis oder die kreisfreie Stadt erfüllen muss. So.

Und dieses Thema ist nur dort quasi, oder fällt nur dort an, wo Landesaufnahmeeinrichtungen sind und da gehört eben Halle dazu.

Zur Refinanzierung dieser Personalkosten haben wir damals 100 % angenommen und jetzt ist es so, dass also klar ist, dass es für diese Stellen keine Refinanzierung vom Land gibt. Deshalb voll die Personalkosten bei uns. Zu dem Thema eine Ergänzung, Herr Ruppe.

### **Herr Ruppe**

Gerade bei den LAE-Stellen muss ich so viel sagen, dort ist die rechtliche Prüfung der Refinanzierung noch nicht abgeschlossen. Deswegen werden die im Moment mit null Euro ausgewiesen. Wir sind dabei, aber immer noch, wie gesagt, die Refinanzierung zu bekommen, weil es sich hier natürlich um die sechs Stellen des Fachbereichs 53 für die Untersuchungsleistung auch dort handelt und wir natürlich auch versuchen, gemeinsam intern in der Stadt und natürlich auch mit unserem Rechtsbereich dort auch die Argumentationskette so hinzubekommen, das wir natürlich auch die Refinanzierung sichern wollen. So viel zum Thema: Stand jetzt. Danke.

### **Herr Geier**

So, dann mache ich weiter.

Jetzt kommen die primären Kosten, das heißt also, jetzt sind wir in dem Teil, wo die Flüchtlinge auf den kommunalen Bereich bzw. an die Stadt Halle zugewiesen werden und

wo wir uns in dem Bereich der Erstaufnahme bewegen und wo es dann um alle Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz geht.

Da haben wir 2016 für diesen Bereich mit 62 Stellen geplant, einem Personalaufwand von 2,2 Millionen Euro, das sind jetzt mit den neuen Parametern 21 Stellen mit einem Personalaufwand von 1 Million. Hier fällt drunter: Unterbringung in angemietete Wohnungen, Gemeinschaftsunterkünfte, Regelbedarf, Krankheitskosten, die Personalkosten, Sachkosten allgemeine Verwaltung. Also das heißt, das ist hier alles umfasst.

Und hier haben wir keine Refinanzierung der Personalkosten. Das war 2016 auch in unserer Annahme. Das ist definitiv nicht so, da gibt es entsprechende Bescheide schon vom Land, nicht nur für Halle, landesweit. Das also die Personalkosten hier nicht übernommen werden und was Sie dann weiter sehen, die Kostenpauschale für die Flüchtlinge ist bei 10.470 Euro.

Das heißt also, die Sachkosten, die aus der Erstunterbringung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz entstehen, die refinanziert das Land mit einer entsprechenden Kostenpauschale. Diese Kostenpauschale war zum Zeitpunkt der Planung 2016 bei 8.600 und noch was Euro und die ist dann auf Grund einer vereinbarten jährlichen Abrechnung mit dem Land, also das heißt, es wird jetzt dann auch im I. Quartal 2017 für das Jahr 2016 spitz abgerechnet, so war das dann auch in 16 für die 15er Zahlen, da kamen dann 10.470 Euro im Durchschnitt raus. Also das heißt, da gibt es dann auch Landkreise, die teurer sind und Landkreise, die etwas billiger sind. Wir sind da in etwa genau in der Mitte, also das heißt, unsere Kosten sind dann leicht unter den 10.470, aber dadurch weil man sich auf einen Durchschnittswert vereinbart hat, können wir mit dieser Kostenpauschale die Sachkosten komplett decken. Zumindest was das Jahr 2016 angeht und mit dieser Kostenpauschale rechnen wir jetzt natürlich bei den Sachkosten vorläufig für das Jahr 2017 weiter. Weil, wir haben ja da keine andere, ich sage mal, ausgehandelte Grundlage mit dem Land.

Herr Ruppe, jetzt nochmal zur Ergänzung.

### **Herr Ruppe**

Können Sie noch einmal drauf drücken, Herr Geier.

Ja nochmal ganz kurz zur Refinanzierung eine Ergänzung dazu.

Die Personalkosten werden für den Hauptteil und zwar sprich die Leistungssachbearbeiter im Fachbereich 50 nach Asyl BHG nicht refinanziert. Darüber hatten wir uns schon das letzte Mal im Personalausschuss kurz unterhalten, deswegen bleiben hier von diesen Personalkosten 700.000 Euro als nicht refinanziert übrig. Wiederum aber positiv zu sehen, es werden aber die Personalkosten für Wohnungsverwaltung und Hausmeister übernommen. Das muss man an dieser Stelle nochmal sagen, das macht natürlich den kleineren Teil aus. Hier wird im Aufnahmegesetz ganz klar darauf verwiesen, dass das auch nicht, die Leistungssachbearbeiter AsylbLG, nicht Bestandteil dieser Fallpauschale sind. Da gibt der Gesetzgeber auch im Moment keinen Spielraum dass wir das in die Refinanzierung bringen. Das ist auch, wie gesagt, landeseinheitlich und bei allen Kommunen sodass wir im Moment auf diesen Kosten sitzen bleiben. Das zur Definition der Fallpauschale.

### **Herr Geier**

Dann übernehme ich wieder. Der Herr Ruppe hat im Prinzip die Zahlen aus allen Bereichen zusammengestellt und hat das dann auch entsprechend kommuniziert in das Land, deswegen ist er da auch an der einen oder anderen Stelle im Detail kundig.

Gut, jetzt kommt der Teil sekundäre Kosten. Das heißt also, es ist also entschieden, dass ein Flüchtling einen Bleibestatus hat, aus der Erstaufnahmesituation nach dem Asylbewerberleistungsgesetz heraus kommt und dann quasi bei uns in den SGB II-Bereich kommt. Das sind die sekundären Kosten. Da haben wir 65,1 VbE in 2016 angenommen,

darin enthalten neun Stellen. die wir dann anteilig auch für den höheren Bedarf im Jobcenter zur Verfügung stellen mussten. Jobcenter bleibt gleich.

In der Verwaltung brauchen wir 51,1 Stellen und da sehen Sie jetzt, dass hier praktisch der Rückgang im Personalbedarf wesentlich geringer ist, als das bei den primären und bei LAE war und das hängt damit zusammen, dass die Flüchtlinge schneller in SGB II kommen und statt 45 % 80 % praktisch in Halle da in das SGB II-System wechseln. Deshalb ist da in dem Bereich, insbesondere in dem Bereich der Kollegin Brederlow der Personalbedarf nahezu konstant. 10 ist ja da relativ wenig, ja. Also wenn man sich da mal überlegt, dass man insgesamt in dem Asylbereich um 100 Stellen zurückgehen und in dem sekundären Bereichen, also Personal, sind es, ich sag mal, „nur“ 10.

Der Personalaufwand dafür lag 2016 bei 2,1 Mio. Euro und er liegt jetzt bei 2,3 Mio. Euro und das hängt in dem Fall wieder zusammen mit dieser Kalkulation x 12tel und jetzt im Jahr 2017 12 Zwölftel und der kleinere Teil mit x 12tel. Also der größere Teil wird voll über das Jahr geplant, der kleinere Teil über anteilig monatlich. Und hier kommt jetzt im Prinzip der ganze Katalog an Möglichkeiten mit rein, da ist auch noch das Thema UMA's mit dabei. Aber das heißt, da ergab sich, glaube ich, das werden die Kollegen aus dem Dezernat hier bestätigen, das heißt also, da war am Anfang überhaupt gar nicht diese Leistungsbreite, was da alles quasi auf uns zukommt oder was dann an finanziellen Leistungen anzubieten ist oder an finanziellem Aufwand dahinter steht. Das hat sich erst bundesweit im Lauf der Zeit so rauskristallisiert und es wird immer mehr.

Am Anfang, als wir darüber diskutiert haben, da ging es im Prinzip um HzE, nein, um Kosten der Unterkunft, um einen Kita-Platz und einen Schulplatz. Das ist jetzt wesentlich mehr. Also das heißt, dieses Spektrum hat sich wesentlich erweitert und ich kann jetzt allerdings noch nicht mal so genau sagen, ob da schon diese klassischen Integrationskosten überhaupt schon mit dabei sind. Das weiß ich gar nicht. Also da müsste ich mich nochmal bei der Kollegin Brederlow rückkoppeln. Und all das, das zahlt praktisch der kommunale Bereich komplett. Wir kriegen eine Erstattung oder damit eingerechnet sind diese 30 % Bundeserstattung, Kosten der Unterkunft, das haben wir natürlich in unseren Zahlen schon berücksichtigt. Das gilt natürlich auch hier und ansonsten sind diese Sachkosten komplett von der Stadt zu übernehmen. Das waren im Jahr 2016 4,3 Millionen und sind nach dem jetzigen Planentwurf 10,5 für das Jahr 2017. Das ist aber, Sachkosten sind dann ein anderes Thema, nur weil wir jetzt hier im Moment die Personalkosten betrachten und jetzt gibt es noch eine Öffnungsklausel, nämlich dieses 5 Milliarden Programm vom Bund, wo ja noch, also da gibt es Bewegung, wo aber noch nicht klar ist, wie die Gelder und für was genau in den kommunalen Bereich zufließen ab 2017. Es kann sein, je nachdem, wie dann diese Regelungen getroffen werden, dass dann auch ein Teil verwendet werden kann für die Finanzierung dieser zusätzlichen Personalstellen. Es kann aber auch sein, dass diese 5 Millionen nur entsprechende Sachausgaben refinanzieren.

Da habe ich zumindest im Moment keinen Kenntnisstand, wie das im Moment vorstattengeht. Wir haben auf jeden Fall bei uns, was das Personal angeht, hier unterstellt oder unterstellen müssen, dass wir für den Personalbedarf für die sekundären Flüchtlingskosten keinerlei Refinanzierung unseres Personalaufwandes bekommen.

Herr Ruppe Ergänzung?

### **Herr Ruppe**

Ich würde es an einer Stelle, würden Sie bitte nochmal weitergehen, eine Konkretisierung für den Bereich des Jobcenters. Das war die letzte Frage von Herrn Senius aus dem letzten Personalausschuss, die kommunalen neun Stellen, deswegen habe ich sie extra nochmal ausgewiesen, werden dort natürlich 100 % refinanziert und wir sind nur beteiligt an den Kosten des kommunalen Finanzierungsanteils. Insofern, wenn man das Jobcenter ausklammert, sind wir natürlich was die Stellen betrifft, in einer Finanzierung, inclusive

dieses Jobcenters, sind wir natürlich immer mit Eintritten an Personal dabei und das wird auch sozusagen refinanziert und wir sind nur an den Verwaltungskosten beteiligt.

Deswegen diese Extraklammer Jobcenter. Ansonsten die Refinanzierung tatsächlich, wie Herr Geier vorher schon ausgeführt hatte, im Personalbereich.

**Herr Geier**

So, jetzt kommt „Projekt zur Stärkung kommunaler Integration“.

Herr Ruppe?

Also, nur das das jetzt auch richtig verstanden wird, ich habe jetzt zu dem Thema Asyl ausschließlich die Darstellung in Bezug auf Personal gemacht, nicht was die Sachkosten betrifft. Wenn man aber jetzt diese drei Bereiche LAE, primäre Kosten, sekundäre Kosten zusammen zählt, dann haben wir einen Mehrbedarf im Personalbereich von 3,6 Millionen Euro, ich glaub, so 3,6 Millionen waren es, 3,65, was wir 2016 unterstellt haben als vollrefinanziert.

**Herr Töpfer**

Na dann Finanzausschuss.

Tom oder Herr Wolter, Entschuldigung.

**Herr Wolter**

Wenn man die Folie zurückmacht, ich hätte nur die Frage. Sie hatten jetzt dargestellt, dass es, ich bin der Meinung, dass die Kostendeckung ja sozusagen auch durch den Statuswechsel auch passiert über FAG, da wird doch mitgezählt damals, als Bürger der Stadt oder bin ich da falsch informiert?

**Herr Geier**

Der wird dann frühestens als Bürger mitgezählt in zwei Jahren. Und das Problem beim FAG ist, wenn Jeder Flüchtlingszuweisungen hat, also Magdeburg, Landkreis X, Y erhöht sich quasi die Einwohnerzahl, in den Topf kommt nicht mehr, also wird der Pro-Kopf-Betrag geringer und damit.

**Herr Wolter**

Ich habe ein mathematisches Hobby in meinem Kopf, aber da kommen Sie bei mir nicht mit. Wenn überall wächst und bei uns nicht wachsen würde, wäre es auch tragisch. Also insofern zählt jeder Flüchtling, der sozusagen den Statuswechsel hat, natürlich auch als Einer, der über FAG auch eine Refinanzierung sozusagen als Bürger der Stadt darstellt. Das würde ich Sie nur bitten, dann auch so darzustellen, nicht, dass hier

**Herr Geier**

Nein, nein, also der Flüchtling zählt als Einwohner, fließt quasi in die Berechnung und Zuweisung im FAG mit rein, wenn aber, die FAG-Masse nicht erhöht wird, dann verringert sich der Kopfbetrag und da passiert rechnerisch gar nichts.

**Herr Töpfer**

So Herr Geier, weiter dann.

**Herr Geier**

Ach so ja, da würde ich jetzt bitte dem Herrn Ruppe zu dem Projekt das Wort oder ist Frau Brederlow, weil, ich habe das jetzt nicht auf dem Schirm.

**Herr Ruppe**

Es handelt sich in dem Fall um eine refinanzierte Stelle für eine, wirklich das Projekt heißt zur Stärkung interkommunaler Integration, und die ist angesiedelt im Dienstleistungszentrum Migration und Integration und wenn jetzt noch inhaltliche Fragen sind, ich habe gesehen, der

Herr Möller ist ja noch da, aber das hier ist eine refinanzierte Stelle. Dort wird in diesem Bereich, das hat mit Frau Brederlow nichts zu tun.

**Herr Geier**

Okay, gut.

Aber das gehört dann zu dem Komplex dazu.

**Herr Ruppe**

Genau.

**Herr Geier**

Alles klar.

So, kommt jetzt danach noch was? Nein. Das war es. Also das war jetzt praktisch die Einführung zu Asyl Personal.

**Herr Töpfer**

Frau Brederlow bitte.

**Frau Brederlow**

Eine kleine Ergänzung meinerseits. Also im Sinne von Risikoanmeldung, passt es zu dem Thema sekundäre Asylkosten, es gibt seit August das Integrationsgesetz und auch die Maßnahmen Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen, Herr Senius hatte ja auch im Stadtrat da nachgefragt, warum wir noch keinen Antrag gestellt haben.

Hier birgt das Risiko dahinter, dass das eine Aufgabe ist, die der Fachbereich 50 neu bekommt, weil das der Träger des Asylbewerberleistungsgesetzes zu handeln hat und das sind Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration nach Asylbewerberleistungsgesetz, das hat es bisher in dem Maße nicht gegeben, läuft über die Bundesagentur für Arbeit, die die Finanzierung der Maßnahmen sicherstellt, aber personell muss es natürlich auch abgearbeitet werden. Wir sind momentan dabei, das zahlenmäßig zu erfassen, wie viele Asylbewerber das überhaupt betrifft, weil, das ist eine relativ begrenzte Gruppe und was das personell dann bedeutet, das würden wir dann auf jeden Fall noch nachliefern bis zum 17. November.

**Herr Töpfer**

Herr Bernstiel.

**Herr Bernstiel**

Für mich jetzt als Nichtsozialfachmann war das jetzt ein bisschen kryptisch, also was genau sind das, ist das eine kommunale Aufgabe oder eine Aufgabe im Jobcenter? Ich habe das, also das Sie das jetzt nochmal mit ganz einfachen Worten beschreiben, was für Stellen.

**Frau Brederlow**

Also, das Asylbewerberleistungsgesetz ist eine kommunale Aufgabe. Die Bearbeitung der Leistungen und das ist eine Aufgabe, die den Arbeitsmarkt betrifft. Bisher waren solche Leistungen Leistungen, die im Jobcenter erbracht werden, aktuell werden sie es auch noch, da gab es ein Landesprogramm dafür für dieses Jahr 2016.

Wir haben vom Landesministerium mitgeteilt bekommen, da die Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen seit Sommer gelten, wird das Landesprogramm eingestellt und dieses Landesprogramm lief über das Jobcenter, wie gesagt. Das Programm Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen läuft über die Sozialämter und muss eben dort auch bearbeitet werden. Das ist jetzt eine völlig neue Aufgabe, auch für die Bundesagentur eine neue Aufgabe.

**Herr Töpper**  
Bitte.

**Frau Haupt**

Das heißt, wir haben es ja jetzt im Haushalt noch gar nicht drin gehabt, also wir haben ja auch die erste Lesung im Gesundheits- und Sozialausschuss gemacht, deshalb frage ich nochmal. Das müsste dann auch nochmal kommen, aber das gehört ja nicht direkt hin. Ich wollte nur wissen, also Risiko heißt für sie, es ist noch gar nicht eingestellt und wir müssen das beachten.

**Frau Brederlow**

Also hier geht es um das Personal. Hier geht es tatsächlich um das Personal, weil, wir müssen die entsprechenden Träger stellen die Anträge über uns, also über den Fachbereich Soziales, letztlich bei der Bundesagentur. Die Bundesagentur reicht für die Maßnahmen das Geld dort durch, aber nicht für das Personal, das entsprechend dann den ganzen Bereich betreut, also was an anderen Stellen das Jobcenter eben auch macht.

Das können wir Ihnen aber auch nochmal darstellen, was das inhaltlich bedeutet. Es gab erst letzte Woche dazu eine Veranstaltung.

**Herr Töpper**

Vielen Dank. Weitere Nachfragen?  
Herr Cierpinski.

**Herr Cierpinski**

Wir haben ja vorhin die 7 % schon mal angerissen. Es ist ja erstmal gut, dass es tatsächlich auch gelingt, Asylanten dann in Lohn und Brot zu bringen. Das sollte, glaube, das Ziel aller sein, damit eben nicht die hohe SGB II-Quote dann am Schluss für uns am Strich dastehen bleibt. Jetzt hört man vermehrt von Problemen, die im Zuge der Genehmigungsverfahren hier auftauchen, also, dass man teilweise E-Mails nicht beantwortet bekommt oder dass diese sehr spät beantwortet werden, dass man nicht durchkommt und dass die Arbeitgeber teilweise darüber natürlich unzufrieden sind und meine Fragen wären jetzt zum einen, ist über diese Stellen 2017, die jetzt geplant sind, dieses Problem, also kann das Problem damit beseitigt werden und zum zweiten, sind diese Stellen alle besetzt?

Das wäre dann die Frage, die auch, die Antwort, die auch Herr Stäglin schon mal gegeben hat. Also, wenn wir hier über Stellen reden, heißt das ja nicht unbedingt, dass dann auch dieses Personal körperlich anwesend ist oder vorhanden ist. Das wären meine zwei Fragen.

**Frau Brederlow**

Darf ich mal rückfragen, ob Sie die Stellen im Jobcenter meinen.

**Herr Cierpinski**

Die meine ich explizit nicht. Ich habe gerade nochmal mich vergewissert. Also es geht tatsächlich um die Ausländerbehörde.

**Herr Töpper**

Herr Geier.

**Herr Geier**

Also wir haben ja hier eine Antwort geliefert, wie da die Besetzung ist für die heutige Sitzung. Wie der Besetzungsstand ist, das ist eine Frage, die die Ausländerbehörde betrifft, oder? Also da liegt eine entsprechende Antwort vor und da ist der Stand der, dass von dem Personalbedarf, der sich durch Flüchtlinge ergibt, vier Stellen noch nicht besetzt sind.

Diese vier Stellen sind seit Frau Lachky, seit Januar, seitdem der Haushalt in Kraft getreten ist, in der Ausschreibung. Da war das Problem, dass zunächst erstmal intern auszuschreiben ist, das ist einfach so der normale Gang. Da war dann die Bewerberlage letztendlich nicht so, dass da alles besetzt werden konnte, dann gab es noch eine Ausschreibung, die war meines Wissens im Juni. Diejenigen, die sich dort beworben haben, haben sich dann letztendlich für andere interne freie Stellen entschieden, so dass wir das jetzt seit vier Wochen in der externen Ausschreibung haben und dann eben hoffen, dass wir dann die vier Stellen noch besetzen können.

Aber für mich ist ganz wichtig, die Aktivität dieser zusätzlichen Stellen, die sich aus diesem Flüchtlingsthema ergeben, die ist im Januar nach Inkrafttreten des Haushaltes sofort gestartet.

### **Herr Töpfer**

Beantwortet ja? Gut.

So, gibt es jetzt noch weitere Nachfragen, was den Asylbereich jetzt betrifft?

Dann würde ich Frau Brederlow darum bitten, den gesamten Geschäftsbereich hier vorzustellen entsprechend Personal und nicht bloß einschränkend jetzt auf das Thema, was Herr Geier jetzt vorgetragen hatte.

### **Frau Brederlow**

Fangen wir an mit dem Büro der Beigeordneten. Hier haben wir eine Stelle wieder aufgenommen, muss ich sagen, die in den vergangenen Jahren schon mal da war und durch Umstrukturierung – ich sag es jetzt mal locker – abhandengekommen war. Und zwar ist es ein Sachbearbeiter Führungsunterstützung SGB II, dieser ist notwendig, weil wir ja als einer der Träger im SGB II hier auch eine maßgebliche Aufgabe haben der Steuerung, der Bearbeitung, der Vorbereitung von Sitzungen etc., also das ist eine Aufgabe. Für den Stellenplan neu gab es, glaube ich, bis 2014 die im Geschäftsbereich schon mal.

Im Dienstleistungszentrum Familie haben wir durch Umorganisation in diesem Jahr eine Veränderung die 11,5 Stellen betrifft. Das ist eine haushaltsneutrale Umorganisation zum einzelnen 10,5 Stellen in den Fachbereich Bildung gewechselt, das betrifft die wirtschaftliche Erziehungshilfe, besser bekannt unter Ermäßigung KJHG für KITA Bereiche und die Kita-Vermittlung, also die Stelle, die für den Kita Bereich zuständig ist, das ist entstanden, weil wir in dem Bereich SGB VIII eine klare Zuständigkeit beim Jugendamt haben und Jugendamt bei uns ist der Fachbereich Bildung, deswegen mussten wir hier die rechtliche Situation herstellen und eine Stelle, die Seniorenbetreuung, die auch im Dienstleistungszentrum mal wechselt in den Fachbereich 50, wo sie auch hingehört, also auch eine rechtliche Umorganisation, das finden wir dann auch beim Fachbereich 50 nochmal wieder.

Dann haben wir Stellenneuschaffungen im Bereich Sachbearbeitung Hilfe zur Pflege, das sind Sozialarbeitersenioren, wie ich gerade gesagt habe und auch, also hier wollen wir auch eine neue Stelle, wir hatten bisher eine Stelle, früher gab es in dem Bereich viele Stellen, als es noch die Seniorenberatungsstelle u. ä. gab.

Durch die demografische Entwicklung sehen wir hier den Bedarf, dass einfach für die Seniorenbetreuung eine Stelle zusätzlich noch gebraucht wird, so dass wir insgesamt zwei haben. Dann haben wir hier auch Umorganisation in dem Bereich, das ist zum einen drei Hausmeister, die in den Fachbereich Immobilien gewechselt sind in diesem Jahr, auch im Interesse des Geschäftsbereichs insgesamt, weil, Hausmeister an Schulen betrifft das an dieser Stelle.

Und eine Stelle, die vorhin schon mal genannt wurde von Herrn Geier, die Sachbearbeiter Pass- und Ausweiswesen, die hier auch umorganisiert wurde.

Die Stellenneuschaffung im Bereich Hilfe zur Pflege ist auch auf Grund der demografischen Entwicklung notwendig. Sie können sich auch erinnern, wir hatten Organisationsuntersuchungen in den Bereichen 2014 und 15, das sind also im Endeffekt auch die Ergebnisse aus den Fallzahlenberechnungen.

Ja und die Stellenstreichung Asyl ist schon erklärt worden, da gehe ich nicht nochmal darauf ein. Im Jobcenter bleiben die städtischen Stellen gleich. Im Bereich Sozialplanung gab es eine Umorganisation zu Beginn des Jahres schon, die dann auch in der Organisationsverfügung zum Tragen kam und zwar sind die Fachplaner Jugendhilfeplanung und Kita-Planung mit in den Bereich Sozialplanung gewechselt, weil ja auch nach wie vor der Auftrag steht, integrierte Sozialplanung hier auch in der Stadt Halle zu etablieren und wir haben eine Stelle, die umorganisiert wurde, da steht hier „Sonderprojekte“, hier geht es also neben Projekten, die betreut werden, auch um Fördermittelakquise. Drittmittelfinanzierung auch mit zu sondieren und aktuell auch vielleicht, die Mitglieder aus dem Sozial- und Gesundheitsausschuss wissen es auch, geht es um die Erstellung des Suchtkonzepts. Also für derartige Aufgaben ist diese Stelle gedacht.

Dann haben wir den Fachbereich 51, einer der auch auf Grund von Fallzahlaufwuchs hier auch neue Stellen hat, Sozialarbeiterstellen, wo aber die 10,5 Stellen, die ich vorhin genannt habe, aus dem Dienstleistungszentrum Familie auch mit zum Tragen kommen und wir haben Sachbearbeiter im Finanzbereich Kita, da geht es also um die ganze Thematik LQE-Verhandlungen mit den freien Trägern, die umzusetzen sind und gleiches betrifft Tagespflege.

Stellenstreichung Schülerbeförderung, das ist eine Stelle die aus Altersteilzeit, also die schon vor Jahren kw war und die jetzt wegfällt.

Ach so, unter den Sozialarbeitern vielleicht noch einen Hinweis. Als Ergebnis der Jugendhilfeplanung, sind ja auch zwei Streetworkerstellen noch mit drin. Also in der Jugendhilfeplanung sind die zwei städtischen Streetworkerstellen zusätzlich auch noch mit ausgewiesen, das wird umgesetzt 2017.

Und wir haben den Fachbereich Gesundheit, hier ist die Betriebsärztin durch Umorganisation in den Bereich gewechselt und Stellenstreichungen Asyl sind hier auch zu verzeichnen, weil, wir nicht so viele Ärzte bzw. Schwestern in dem Bereich brauchen.

Insgesamt im Geschäftsbereich 44,5 Stellen weniger, aber Sie sehen, Stellenaufwuchs frisst das, was wir bei Asylstellen hier einsparen im Endeffekt dann auch auf. Aber es basiert alles auf Fallzahlenermittlung.

**Herr Töpfer**

Vielen Dank Frau Brederlow. Gibt es Nachfragen hierzu?  
Herr Wolter.

**Herr Wolter**

Eine kleine Nachfrage zum Thema Streetwork. Bis 2018 befristet, lese ich.

**Frau Brederlow**

Ja, das kann ich erklären, das ist diese Laufzeit der Jugendhilfeplanung. Wenn die Jugendhilfeplanung fortgeschrieben wird, müssen die Stellen dann auch fortgeschrieben werden.

**Herr Töpfer**

Noch eine Nachfrage Herr Wolter oder gut? Gut.

Gibt es weitere Nachfragen? Wenn das nicht der Fall ist, bedanke ich mich recht herzlich bei Ihnen Frau Brederlow im Namen des Ausschusses und wir gehen jetzt...

**Herr Geier**

..zum Dezernat III. Der Herr Ruppe stellt nochmal ein.

**Herr Töpfer**

Gut, die technischen, werden jetzt vorbereitet und dann Frau Dr. Marquardt.

Eine Nachfrage von mir, wo ist die Unterschriftenliste? Sitze ich drauf hier? Aha, sie ist entdeckt. So, wir können losfahren, ja.

**Frau Dr. Marquardt**

Dankeschön. Sie sehen anhand dieser Tabelle, dass der Geschäftsbereich Kultur und Sport relativ stabil ist, es gibt kaum Änderungen bei uns. Die einzigen Positionen, die sich geändert haben im Stellenplan 2016 auf 2017 sind im Fachbereich Immobilien und dann haben wir eine geschäftsbereichsneutrale Stundenverlegung. Wir haben eine Teilzeitregelung bei Jemanden in der Zentralen Serviceeinheit und diese 5 Stunden sind eben jetzt im Stadtmuseum für museumspädagogische Aufgaben.

Die Einrichtung Zentraler Service ist eine Einrichtung, auf die die Stadtbibliothek, das Stadtarchiv und das Stadtmuseum zugreifen, das sind die fachübergreifenden Aktivitäten, wie z. B. Haushalt, wie z. B. Aufsichtskräfte, Post, alles, was nicht fachgebunden ist und die drei Einrichtungen teilen sich diese Mitarbeiter. Alle drei Einrichtungen haben Mitarbeiter in diese zentrale Einheit eingegeben und wir haben uns, das Projekt haben wir im Kulturausschuss vorgestellt vor einiger Zeit, das läuft schon seit Anfang letzten Jahres. Wir sind auch zufrieden, wie es läuft, denn es ermöglicht Vertretungsregelungen, die vorher nicht möglich waren. Wir hatten in den drei Kultureinrichtungen fast immer Mitarbeiter, die einen Anteil ihrer Zeit zum Beispiel für Haushalt verwendet haben und wenn genau dieser Mitarbeiter krank war, dann war gar Keiner, der die Buchführung machen konnte. Durch diese Regelung haben wir die Möglichkeit, dass Mitarbeiter in allen drei Einrichtungen sich auskennen und so haben wir die Möglichkeit, dass wir auf mehr Expertise zugreifen können.

So, das sind die haushaltsneutralen bzw. geschäftsbereichsbezogenen neutralen Stundenverlagerungen.

Im Fachbereich Immobilien haben wir etliche haushaltsneutrale Umorganisationen, die wurden sicher auch von den anderen Geschäftsbereichen, die abgegeben haben, schon erläutert. Im Endeffekt haben wir sechs zusätzliche Stellen in diesem Fachbereich. Drei davon sind Hausmeister, wir kennen alle das Thema Hausmeisterdienststellen in den Schulen, das ist die Antwort, dass wir mehr Kraft in diesem Bereich einstellen wollten. Da haben wir drei zusätzliche Stellen.

Dann haben wir auch noch zwei zusätzliche Ingenieurstellen, die auch die vielen Hochbauprojekte betreuen. Der eine ist für Heizung, Lüftung, Sanitär, der andere für Elektrotechnik. Denn Sie wissen, wir haben nicht nur die laufenden Maßnahmen im Hochbau, sondern auch „Stark III“ ist im Kommen. Wir haben auch Flutmittelprojekte, wir haben sehr, sehr viele Baumaßnahmen. Es war sehr wichtig, dass wir zwei weitere Ingenieure haben.

Und die sechste Stelle ist die Stelle Projektentwicklung, da geht es darum, Jemanden der Marktanalysen machen kann, der auch Standortanalysen macht, der auch Entwicklungsprojekte hat für den Grundstücksverkehr.

Das sind diese sechs zusätzlichen Stellen im Bereich Immobilien.

**Herr Töpfer**

Fertig ja? So, vielen Dank erstmal. Gibt es erstmal Nachfragen?

**Herr Krause**

Jetzt hätte ich gern mal den Zusammenhang zwischen den drei Stellen erklärt haben.

**Frau Dr. Marquardt**

Zwischen welchen drei Stellen?

**Herr Krause**

Aus dem Fachbereich Personal, aus dem Fachbereich Immobilien und was war das Dritte jetzt? Hochbau- oder Flächenmanagement.

**Frau Dr. Marquardt**

Sie meinen die Umorganisation?

**Herr Krause**

Ja.

**Frau Dr. Marquardt**

Wir haben zwei Stellen, die umorganisiert wurden, das sind die Gutachter für die Grundstückswertermittlungen, die sind vom GB II in den GB III gekommen. Sie machen die Wertermittlungen für die Grundstücke. Dann haben wir drei Stellen aus dem Fachbereich Bildung, aus Soziales, Hausmeister. Aus dem GB I gibt es eine Stelle, die zu uns gekommen ist.

**Herr Krause**

Was macht die?

**Frau Dr. Marquardt**

Das ist die Stelle Abteilungsleitung Hochbau.

**Herr Krause**

Und was macht die ursprüngliche Position Abteilungsleitung Hochbau?

**Frau Dr. Marquardt**

Diese Position ging zu Fachbereich 14.

**Herr Krause**

Wo ist die Kausalität? Ich will es verstehen. Ich verstehe nicht, wie man sozusagen da aus dem Fachbereich I eine Stelle rüber gibt.

**Frau Dr. Marquardt**

Mein Verständnis ist, es geht um Rechnungsprüfung für Sonderprojekte, wir haben sehr viele Bauprojekte, gerade mit den Flutmittelprojekten, dass Sachverstand in diesem Bereich nötig ist.

**Herr Krause**

Das ist doch sozusagen eine, keine befristete Angelegenheit, ja? Das ist doch eine dauerhafte Veränderung?

**Frau Dr. Marquardt**

Das ist richtig.

Herr Krause

Okay, ich will es nur verstehen.

**Herr Töpfer**

Herr Bernstiel.

**Herr Bernstiel**

Ich weiß nicht, Frau Dr. Wünscher war glaube noch vor mir, ich will mich nicht vordrängeln.

Ich habe noch eine Frage zu der Stelle Raumflugplanetarium. Das läuft ja gerade nicht. Aber wir hatten neulich die Vorlage auch wie sozusagen das Planetarium neu gebaut werden soll und da war ja auch ein Ausblick auf die Stellen dabei und die Zuschüsse. Und ich meine dort gelesen zu haben, dass es dort momentan auch mehr Angestellte gibt, sind die dann in anderen Fachbereichen oder Geschäftsbereichen untergebracht, weil, das waren glaube zwei oder drei, die da jetzt aktuell noch sind. Ich sehe jetzt aber nur eine in dem Plan, da ist jetzt die Frage, wo sind die anderen?

**Frau Dr. Marquardt**

Die kommen 2019.

**Herr Bernstiel**

Also ist jetzt von dem ursprünglichen Planetariumsteam nur noch eine Stelle grad übrig und die anderen?

**Frau Dr. Marquardt**

Es gab nur eine Stelle, es gab nur eine Vollzeitstelle im Planetarium.

**Herr Bernstiel**

Okay.

**Herr Töpfer**

Frau Dr. Wünscher.

**Frau Dr. Wünscher**

In der Position Konservatorium ist hier nicht zu erkennen, das hier eigentlich 4,5 Kw-Vermerke bis zum 31.12.2017 gesetzt werden sollen. Also da relativiert sich das für mich mit der, dass Sie kaum Veränderungen haben, das relativiert sich da für mich sehr.

Und Sie alle, die hier schon etwas länger unterwegs sind, Sie wissen, dass das sozusagen unsere Neverendingstory ist und angefangen hat das mit den kw-Vermerken ja schon bei dem ersten Konzept, dass das Konservatorium erstellen sollte.

Bei Frau Szabados bei den Haushaltsberatungen haben wir dafür eine Protokollnotiz gekriegt, dass wir uns jedes Jahr immer wieder über diese Kw-Vermerke kümmern werden. Im vorigen Jahr, kann ich mich erinnern, hat Herr Krause, haben Sie gesagt, ja wir sehen das alle wohlwollend, aber wir wollen es dann behandeln und uns darum kümmern, wenn es dann wirklich fällig wird. So und jetzt, 31.12.2017 gehört ja wohl auch noch zum Haushaltsjahr 2017 und wir wissen Alle, wenn die Stellen dann weg sind, sind sie weg und dann wird es sehr kompliziert, es dann wieder neu zu besetzen und neue Stellen zu schaffen.

Und dann natürlich gleich in dem Zusammenhang auch natürlich unser Änderungsantrag, den Sie ja alle kennen und langsam denke ich mal, diese vielen Wiederholungen, aber Sie alle wissen, nochmal zur Erinnerung, die sich nicht immer damit beschäftigen, das Landesmusikschulgesetz sieht vor, dass 50 % aller Jahreswochenstunden von festangestellten Musiklehrern zu erbringen sind und nur die anderen 50 % von Honorarkräften. Wenn Sie jetzt hier 4,5 kw-Vermerke setzen und die fällig stellen, dann bedeutet das, wenn die Landesförderung nicht verloren gehen soll, dass man dann auch paritätisch die Honorarkräfte reduzieren muss. So und dann sind wir sozusagen für 4,5 Vollstellen, Vollzeitstellen, da die Entsprechung von Honorarkräften, da kommen Sie ungefähr bei mehr als 20 % der Jahreswochenstunden an, die dann wegfallen würden. So und das sind bei 2000 Kindern, die rund im Konservatorium Musikunterricht erhalten, wären davon ungefähr 500 Kinder betroffen und wir haben außerdem Wartelisten von im Durchschnitt ja 200 Kindern eigentlich jedes Jahr.

Da frage ich mich, wie man vor diesem Hintergrund diese Kürzungen rechtfertigen kann und ich will jetzt nicht mit der Totschlagkeule Flüchtlingskinder kommen, also ich will jetzt nicht behaupten, dass alle mit dem Geigenkasten vor dem Konservatorium stehen, aber wir wissen, alle Schulen haben Zulauf, also Grundschulen, Sekundarschulen, Berufsschulen, Gymnasien und sicher auch das Konservatorium, mit Kindern, die so ein Angebot wünschen.

Und ja, da finde ich das eigentlich unververtretbar und wir sprechen immer von kultureller Bildung und wir sprechen auch von kultureller Identität und ich denke, zu unserer kulturellen Identität gehört eine musikalische Bildung, Ausbildung. Und wir wissen Alle, wie die Situation an den Schulen aussieht, die Unterrichtsstunden, die als erstes ausfallen sind Kunsterziehung und der Musikunterricht und wenn wir dann auch noch das Angebot des Konservatoriums kürzen, dann denke ich mal, ist das für eine Stadt wie Halle, die sich Kulturstadt nennt, die überlegt, ob sie Kulturhauptstadt Europas werden möchte und die sich vor allem, ganz wichtig, um den Wettbewerb „Jugend musiziert“ bewirbt, den hier austragen zu können, 2019 und wir wissen Alle, wie viele Preisträger das Konservatorium bisher hervorgebracht hat bei diesem Wettbewerb, dann finde ich das wirklich sehr traurig. Und deshalb unser Änderungsantrag diese kw-Vermerke zu streichen.

#### **Herr Töpfer**

Gut, ich halte fest, Frau Dr. Wünscher hat den Änderungsantrag jetzt auch begründet, so dass ich nachher nicht nochmal aufrufe und einfach dann bloß den Antrag.

#### **Herr Geier**

Moment.

#### **Herr Töpfer**

Das ist erstmal nur eine Feststellung für das Protokoll, Herr Geier und jetzt Sie.

Denn nach meiner Kenntnis war im Änderungsantrag, die Begründung erfolgt mündlich. Und ich wollte das jetzt nur festhalten, dass das jetzt erfolgt ist, damit ich nachher, wenn es aufgerufen wird, nicht nochmal neu nachfrage. Mehr wollte ich nicht und wenn Sie.

Herr Wolter.

#### **Herr Wolter**

Die Frage, von Herrn Bernstiel zum Raumflugplanetarium nochmal untersetzt, ist denn die Stelle besetzt?

#### **Frau Dr. Marquardt**

Die Stelle ist jetzt besetzt, das ist richtig.

**Herr Wolter**

Was macht denn diese Person dann?

**Frau Dr. Marquardt**

Diese Person ist abgeordnet in einen anderen Bereich, weil es im Moment keinen Betrieb gibt im Planetarium und Sie wissen, dass wir das Planetarium neu aufstellen. Da haben wir ein ganz anderes Qualifikationsprofil, ein ganz anderes Anforderungsprofil an den Stelleninhaber oder die Stelleninhaberin.

**Herr Wolter**

Ich komme dann zu der nächsten Frage. Dann ist diese Person, die eigentlich auf dieser Stelle sitzt, anscheinend in einem anderen Bereich notwendig, wo sie ja aber gar keine Stelle hat.

**Frau Brederlow**

Da oute ich mich jetzt mal, dass sie in dem Bereich GB IV ist. Wir sind momentan dabei, sie auf eine reguläre Stelle zu setzen, die auch im Stellenplan ist.

**Herr Wolter**

Und dann ist da noch eine Frage danach, wenn ich darf.

Raumflugplanetarium, wann legen Sie uns dann sozusagen den Plan vor, ab wann sie diese Stellen schaffen möchten. Sie hatten jetzt sozusagen einen Grundsatzbeschluss herbeigeführt, es ist so, wenn Sie jetzt so ambitioniert, die Verwaltung, das Raumflugplanetarium betreuen und betreiben möchten, ist für mich, wie das, sage ich mal, normal ist bei solchen großen Kultureinrichtungen, das ja wenigstens 12, eigentlich 24 Monate vorher. Ich glaube, Frau Dr. Wünscher wird mir da zu pflichten, vor Beginn eines solchen Betriebes eigentlich Planungen, Überlegungen, konzeptionelle, sage ich mal, Untersuchungen usw. beginnen müssen. Also wann beginnt das?

Ich hatte erwartet, dass sozusagen Stellen schon 2017, wenn Sie 2019 starten wollen, heißt es sozusagen, dass dort auch Anträge formuliert werden müssen, Partnerschaften gebunden werden müssen, also das ist ja jetzt nicht so, dass man innerhalb von sechs Monaten da irgendwie anfängt, da quasi alles neu zu erfinden. Also wann beginnen die Stellen?

**Frau Dr. Marquardt**

Wir haben das Betreiberkonzept ausführlich im Kulturausschuss besprochen und das war auch Beschlussgegenstand im Stadtrat. Da haben wir gesagt, wir müssen die Leitung so schnell wie möglich besetzen im Jahr 2017, weil diese Person unbedingt den Bau begleiten muss und insbesondere die Ausrichtung der technischen Ausstattung.

Da brauche wir die Expertise des neuen Leiters bzw. der neuen Leiterin, damit die technische Ausstattung, also die Mediaausstattung auch von dieser Person mitbestimmt wird. Die anderen Stellen kommen etwas später, der Betrieb wird erst Mitte 2019 aufgenommen. Und da werden wir nicht im Jahr 17 weitere Stellen besetzen, erst ab Ende 18/19.

**Herr Töpfer**

Noch eine Nachfrage.

**Herr Wolter**

Das ist dann die letzte. Ich wollte nur fragen, wenn ich das richtig verstanden habe, das begrüße ich, dass, also im Jahr 2017 eine Besetzung der neuen Leitung des Raumflugplanetariums geplant ist und dann ist die Frage, warum finde ich die nicht wieder? Also, Sie wollen doch quasi nicht diese Stelle dafür verwenden in dieser Einstufung, also ich erwarte da doch wenigstens eine E 13 oder eine E 14 oder was haben Sie da geplant?

**Frau Dr. Marquardt**

Wir haben im Stadtratsbeschluss die E 14 geplant. Weil, das ist marktüblich sozusagen. Das ist auch die Bewertung, die auch die Bewertungsstelle im Bereich Personal verwendet hat.

**Herr Wolter**

Ja, das ist klar, aber wo finde ich die jetzt für 2017?

**Herr Töpfer**

E 13, da muss man wohl Astronom sein oder?

**Frau Dr. Marquardt**

Wir haben im Betreiberkonzept E 14 und ich denke, das ist auch das, was wir ermittelt haben, das wird entsprechend angepasst.

**Herr Töpfer**

Herr Geier nochmal.

**Herr Geier**

Also diese Stelle ist dargestellt auf der Seite 1379 und jetzt ist es in dem Fall so, na wie drücke ich das jetzt aus, die steht mit E 13 drin und es ist nachher natürlich eine Frage, was für persönliche, quasi, was für Voraussetzungen, der Bewerber, der da zum Zuge kommt, hat. Das heißt also, dann muss man schon nochmal gucken, inwieweit da tarifrechtlich das, ich drück es mal so aus, fein zu justieren ist.

Es geht bei der E 13 Stelle quasi darum, dass diese Leitungsstelle für das Raumflugplanetarium abgesichert ist über den Stellenplan und es kann dann, je nach Bewerberlage passieren, dass da eine E 14 draus wird oder dass es möglicherweise auch E 13 bleibt, das weiß ich noch nicht.

**Herr Töpfer**

Naja Herr Geier, das ist natürlich etwas dünn, würde ich sagen. Entweder es ist eine 13 oder es ist eine 14, ansonsten ist es ein Würfelspiel und das sieht der Tarifvertrag nicht vor, na. Aber gut, wenn Herr Wolter mit der Antwort zufrieden ist.

**Herr Geier**

Nein, Entschuldigung. Meine Kollegen Mitarbeiter, die haben mir gerade hier von der Seite noch mitgeteilt, dass die vorliegende Stellenbewertung bewertet ist und da kommt E 14 raus. Und es wird dann, wenn es sich natürlich aus dieser Bewertungssystematik so ergibt, dann entsprechend nachgearbeitet.

**Herr Töpfer**

Gut, danke dann.

Gibt es weitere Nachfragen? Wenn das nicht der Fall ist, bedanke ich mich bei Ihnen recht herzlich Frau Dr. Marquardt im Namen des Ausschusses. Und da sind wir jetzt eigentlich mit den Geschäftsbereichen durch. Und müssten jetzt eigentlich zur Abstimmung schreiten, es sei denn, es kommt ein Antrag bzw. mehrheitlich wird hier im Ausschuss gesagt, wir vertagen das hier heute nochmal.

Herr Krause.

**Herr Krause**

Auf Grund der Begründung, die ich vorhin gegeben habe, stelle ich den Antrag auf Vertagung, so wie eingangs zur Ausschusssitzung besprochen, damit die Fraktionen in der Lage sind, auf Grund der Aussprache heute noch Änderungsanträge einzubringen, die vor

der Schlussberatung stattfinden. Das blöde ist nur, die Finanzausschusssitzung, die die Abschlussberatung hat, ist einen Tag vor der nächsten Personalausschusssitzung.

Das heißt, wir müssen da einen Modus finden, wie wir damit umgehen, aber wir wollen uns nicht die Möglichkeit nehmen lassen, hier noch Änderungsanträge zu stellen. weil, da sind einige Dinge aufgetaucht in den Nachfragen, die uns nochmal interessieren.

**Herr Töpfer**

Also ich als Vorsitzender, kann die Ausführungen nur unterstützen, aber ich stelle es trotzdem zur Abstimmung.

Wer für den Antrag von Herrn Krause ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Gut. Enthaltung? Also Herr Geier, ich denke, das ist eine Organisationsfrage. Wir haben jetzt entschieden, wir stimmen heute jetzt nicht ab, über den Änderungsantrag und über den großen Antrag.

Jetzt müssen wir einfach nur noch einen Termin finden, in Absprache mit Herrn Cierpinski oder Herrn Dr. Meerheim, ich lass das jetzt erstmal offen, und wenn das jetzt klappt, dann finden wir den Termin auch und ich rege jetzt einfach nur an, an alle Mitglieder des Ausschusses, wenn Fragen sind, einfach mal aufschreiben, kurzfristig zur Verwaltung einreichen, so dass wir zu dieser Sondersitzung, die es vielleicht sein wird, uns wirklich mal damit beschäftigen, was ist da noch zu klären. Was denn?

**Herr Krause**

Ich gehe jetzt mal davon aus, dass die Einarbeitung dann vorliegt zur nächsten Sitzung, die wir mit Herrn Stäglin besprochen haben.

**Herr Töpfer**

Ja gut, das ist ja jetzt nicht nur bei Herrn Stäglin. Es gibt ja auch in anderen Geschäftsbereichen unter Umständen vielleicht auch noch in der einen oder anderen Fraktion noch Gedanken für Mehrbedarf, zumindest noch anzuregen. Das kam zumindest bei den Nachfragen vorhin deutlich raus. Also ich müsste das jetzt nicht nur auf den Geschäftsbereich von Herrn Stäglin beschränken. Das kann auch andere, Bürger fragen auch, warum so wenig Politessen, wenn wir jetzt so anfangen würden, das wäre der nächste Punkt, aber das. Ja, gut. Dann sind wir mit diesem Tagesordnungspunkt jetzt, Frau Haupt.

**Frau Haupt**

Das Risiko, was vorhin Frau Brederlow angedeutet hat mit dieser neuen Umsetzung usw., findet das dann auch eine Beachtung schon zur nächsten Sitzung?

**Herr Geier**

So wie ich die Ausführungen von der Frau Brederlow verstehe, ist es inhaltlich noch nicht soweit, dass man da eine vernünftige Personalbemessung draus machen kann, Kollegin.

**Frau Brederlow**

Inhaltlich ist es klar, was zu machen ist, mengenmäßig noch nicht. Das heißt, ich hatte vorhin gesagt, wir müssen erstmal gucken, wie viele Asylbewerber das überhaupt betrifft und was wir da an Bedarf haben. Das kann man im Moment wirklich noch nicht sagen, ob das dann noch in diesem Jahr wird oder ob das dann im nächsten Jahr, im laufenden Haushalt, gemacht werden muss. Ja.

**Herr Töpfer**

Herr Krause.

### **Herr Krause**

Nur mal zur Information. Ich habe gerade gelesen, dass der Bund 1,16 Milliarden für das nächste Jahr einplant für Flüchtlinge.

### **Herr Töpfer**

Na gut, dies zur Kenntnis jetzt.

So, dann ist der Tagesordnungspunkt 5.1 sowie 5.1.1 vertagt.

*Ende Wortprotokoll.*

**Abstimmungsergebnis:**

**vertagt**

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2017 mit dem Haushaltsplan 2017.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2015 zur Kenntnis.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Stadträte Harald Bartl, Dr. Annegret Bergner, Dr. Hans-Dieter Wöllenweber, Dr. Ulrike Wünsch (alle CDU/FDP Fraktion) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 , VI/2016/02283  
Vorlage: VI/2016/02402**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**vertagt**

### **Beschlussvorschlag:**

1. Die KW-Vermerke im Stellenplan Konservatorium für 4,5 Stellen Musiklehrer werden gestrichen, Strukturnummer 17-3-441.
2. Der Stadsingechor erhält auch im Jahr 2017 für die Position –Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen- ein zusätzliches Budget von 50.000€, Zeile 12, Produkt 1.26202.
3. Das Stadtmuseum erhält 25.000€ zusätzlich für die Position –Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen-, Eigenanteil, um Fördermittel einwerben zu können, Produkt 1.25101.
4. Der Etat für das Laternenfest wird um 50.000€ erhöht, um die Mindereinnahmen von Erträgen aus Sponsoring zu kompensieren, Produkt 1.28107.
5. Der Etat für die Förderung der freien Kulturarbeit und kultureller Vorhaben (Projektförderung), Produkt 1.28102.01 wird um 100.000€ erhöht, davon zweckgebunden 10.000€ für die Robert-Franz-Singakademie.

Deckungsvorschlag: Produkt 1.28122 – Kulturelle Projekte, nicht unersetzt oder wahlweise aus den Mehreinnahmen FAG.

## zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

---

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

## zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

## zu 8 Mitteilungen

---

Es gab keine Mitteilungen.

## zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

### zu 9.1 Anfrage Herr Rupsch zu befristeten Stellenausschreibungen

---

**Herr Rupsch** fragte, warum bei befristeten Stellenausschreibungen der Befristungszeitraum nicht mit ausgeschrieben wird.

**Herr Dr. Müllers** antwortete, dass der Befristungszeitraum mit aufgenommen wird, wenn dieser klar ist. Bei Befristungen auf Grund von Langzeiterkrankungen kann dies nicht mit aufgeführt werden, da nicht absehbar ist, ab wann der Stelleninhaber wieder seinen Dienst antreten kann.

**Herr Rupsch** hinterfragte, wie dies im befristeten Arbeitsvertrag dargestellt wird.

Durch **Herrn Dr. Müllers** wurde geantwortet, dass dort dann entsprechend vermerkt wird, dass die Befristung bis zur Wiederkehr des Stelleninhabers ist.

**Herr Töpfer** merkte an, dass es sich dabei um eine Sachgrundbefristung handelt.

### zu 9.2 Anfrage Frau Krischok zum Personalentwicklungskonzept

---

**Frau Krischok** sprach an, dass laut der Planung des Oberbürgermeisters im IV. Quartal 2016 das Personalentwicklungskonzept vorgesehen ist. Sie fragte, ob dieses Konzept zur nächsten Sitzung vorgelegt werden kann.

**Herr Geier** antwortete, dass dieses Konzept noch nicht fertig erstellt ist und er dafür noch den Zeitraum im IV. Quartal nutzen möchte.

**Herr Töpfer** bemerkte, dass der Sachverhalt bis zum Jahr 2017 Zeit hat.

### **zu 9.3      Anfrage Herr Bernstiel zur Vorlage von Stellungnahmen des Personalrates im Ausschuss**

---

**Herr Bernstiel** bezog sich auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE/DIE PARTEI und SPD-Fraktion zum Ausschuss für Personalangelegenheiten, Vorlagennummern.: VI/2015/00966.

Es ging damals darum, ob der Ausschuss für Personalangelegenheiten bei personalrechtlichen Angelegenheiten die Stellungnahme vom Personalrat zur Kenntnisnahme erhält.

Er verlas die entsprechende Stellungnahme hierzu „...Der Oberbürgermeister kann dann auch die Stellungnahme des Personalrats dem Entscheidungsgremium vorlegen und auch dessen Auffassung in der Sitzung näher mündlich begründen. (Bundesverwaltungsgericht, Beschluss vom 14.01.1983, a. a. O.)“

**Herr Bernstiel** stellte folgende Frage:

Wird der Oberbürgermeister die Stellungnahme des Personalrates dem Gremium vorlegen?

Es geht darum, ob bei personalrechtlichen Entscheidungen, die Stellungnahme des Personalrates dem Ausschuss vorgelegt wird, da dies eine Kann-Bestimmung ist.

Wenn ja, wann? Und wenn nein, warum nicht?

Bei einem „nein“ wird um eine Begründung dazu gebeten.

**Herr Geier** antwortete, dass es damals eine ausführliche Diskussion im Personalausschuss dazu gab. Da ist auch die Sachlage nach Personalvertretungsrecht dargestellt worden. Der einzige Ansprechpartner für den Personalrat ist der Hauptverwaltungsbeamte und dieser kann nicht zu den Sitzungen im Personalausschuss hinzugezogen werden. Dazu ist damals ausgeführt worden.

Daraufhin wurde von den Antragstellern dieser benannte Antrag zurückgezogen. Dies wurde auch protokollarisch erfasst. Damit hat sich diese Angelegenheit auch damals erledigt.

**Herr Bernstiel** präzierte, dass es ihm nicht um den damaligen Antrag geht, sondern um den o.g. Auszug dieser Stellungnahme zu dieser Kann-Bestimmung. Er möchte wissen, ob der Oberbürgermeister beabsichtigt, dies tun zu wollen oder nicht. Der Ausschuss für Personalangelegenheiten ist das Gremium für personalrechtliche Entscheidungen.

Er bat um Weiterleitung seiner Fragen und Beantwortung.

**Herr Geier** sagte zu, diese Fragen weiterzuleiten.

### **zu 10      Anregungen**

---

#### **zu 10.1      Anregung Frau Krischok zu einer beispielhaften Darstellung der Aufgabenoptimierung**

---

**Frau Krischok** sprach an, dass ihre Fraktion die Antwort im letzten Stadtrat auf die Anfrage zur Aufgabenkritik/Prozessoptimierung erhalten hat. Es wurden 605 Aufgaben aufgeführt.

Sie regte an, dass zu gegebener Gelegenheit anhand eines Beispiels von den 605 Aufgaben so eine Prozessoptimierung hier im Ausschuss vorgestellt werden soll.

Den Zeitpunkt dieser Vorstellung überließ sie der Verwaltung.

Die Verwaltung nahm die Anregung auf.

Es gab keine weiteren Anregungen, so dass **Herr Töpfer** die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten beendete und um Herstellung der Nichtöffentlichkeit bat.

---

Gernot Töpfer  
Ausschussvorsitzender

---

Uta Rylke  
stellvertretende Protokollführerin